

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtbericht: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Gesellschaft: 22.841
Für den Redaktionsbetrieb: Nr. 20.011
Schlüsselnummer: 20.011
Dresden - U. L. Wartenberg 22/43

Bezugspreis bei monatlicher Bestellung monatlich 2.80 M. (einschließlich 10 Pf. für Transport), bei halbjährlicher Bestellung 13.50 M., bei jährlicher Bestellung 25.00 M. (einschließlich 10 Pf. für Transport). Einzelhefte 10 Pf. (einschließlich 10 Pf. für Transport). Die Anzeigenpreise sind in der Anzeigenliste enthalten. Die Anzeigenpreise sind in der Anzeigenliste enthalten. Die Anzeigenpreise sind in der Anzeigenliste enthalten.

Dred u. Verlag: Siegfried & Schmidt,
Dresden, Postfach-Nr. 1048 Dresden
Nachdruck nur mit druck. Genehmigung
(Dresden, Nachdr.) zulässig. Unrechtmäßige
Schuldrücke werden nicht aufbewahrt

Gefahr für den Saargruben-Rückkauf Lausanne wartet auf Herriot

Drahtbericht unseres nach Lausanne entsandten W.-H.-Sonderberichterstatters

Lausanne, 4. Juli. Der Nachmittag in Lausanne war heute vollkommen ruhig. Stille vor dem Sturm, so meinen manche. Die vorgesehene Unterredung zwischen MacDonald und den deutschen Ministern fiel heute aus, wohl weil man mit den Entscheidungen doch warten will, bis Herriot morgen früh zurückkommt. Der Dienstag allerdings wird - das nimmt man allgemein an - ein kritischer Tag erster Ordnung für die Konferenz sein. Zunächst werden morgen vormittag Herriot und MacDonald, Johann MacDonald und v. Papen, hierauf die fünf Gläubigermächte unter sich verhandeln. Kaut alles gut, so soll nachmittags eine gemeinsame Sitzung der fünf Gläubiger mit den deutschen Delegierten stattfinden.

Die Forderungen der deutschen Vorschläge werden von französischer Seite inoffiziell als viel zu niedrig bezeichnet.

wie nicht anders zu erwarten war. Man hält im französischen Lager immer noch an den 4 Milliarden fest. Von den Italienern weiß man dagegen, daß sie 2 Milliarden im Grunde immer für die äußerste Grenze halten, falls eine völlige Streichung nicht zu erreichen wäre. Die Engländer sind ärgert, daß Deutschland feste Jahreszahlungen zur Erwerbung gestellt hat, angeblich sogar ohne die Befugnisse, wenn auch nicht ausreichenden wirtschaftlichen Sicherungen, die das 4-Milliarden-Angebot der Gläubiger immerhin vorläß. Im französischen Lager verhält man sich anders als seine Befriedigung darüber nicht, daß Deutschland plötzlich wieder Jahreszahlungen in Höhe von 100 Millionen an das Youngsystem an. Jedenfalls sehen einige Franzosen heute wieder zutriebener aus. Daher ist es dringend nötig, von deutscher Seite sofort endgültig Klarzustellen.

Das bedingungslose Jahreszahlungen ganz selbstverständlich niemals von uns gemeint waren und daß über die verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen noch gesprochen werden muß.

Es konnte der deutschen Delegation nur darauf ankommen, einmal ein anderes Zahlungsprogramm rein theoretisch zur Sprache zu stellen. Gleichzeitig wird von deutscher Seite die von den Gegnern immer noch vorgesehene Erholungsfrist von drei Jahren, für die ein Moratorium dienen soll, als viel zu gering energisch bekämpft werden. Es ist ja ganz deutlich, daß das Ende der Zahlungsfrist mit dem Zeitpunkt ankommen kann, der im Berliner Vertrag für den Rückkauf der Saargruben durch Deutschland vorgegeben ist. Dann wird man sich neu unter Druck setzen. Können wir keine Zahlungen leisten, so wird man uns auch das Recht verweigern, Summen für die Saar

berelagstellen. Das wird auf das sorgsamste schon hier im Auge behalten werden müssen. Weiter ist es ganz klar, daß Frankreich mit den deutschen Zahlungen sein südosteuropäisches Bündnisystem wieder flottmachen und festigen will.

„Schwamm drüber“, fordert Grandi

Lausanne, 4. Juli. Der italienische Außenminister Grandi hat dem Lausanner Vertreter des „Welt Pariser“ eine Erklärung übergeben, in der unter anderem folgendes ausgeführt wird: Die einzig mögliche Lösung, die im Interesse aller liegt, ist nach den dreiwöchentlichen Verhandlungen der Konferenz nur die Lösung „Schwamm drüber“ (coup d'éponge). Die Lausanner Konferenz war nicht einberufen worden, um zukünftige Zahlungen zu sichern, die nur die anormale und künstliche Lage der Gegenwart weiter aufrechterhalten und verschärfen könnten.

Sondern um die unerlöliche Rückkehr zum Vertrauen und die Wiederaufnahme des allgemeinen Handelsverkehrs zu ermöglichen.

Die Moratoriumserklärung der Lausanner Konferenz vom 16. Juni, durch die die Reparations- und Kriegsschuldenzahlungen zwischen den europäischen Mächten ausgesetzt wurden, hat den jetzt einzuschlagenden Weg gezeigt. Dieser Weg muß jetzt zu Ende gegangen werden. Die Regelung, die auf der Konferenz gefunden wird, muß eine endgültige Regelung sein. Die Annulierung der Zahlungen muß sich auf sämtliche europäischen Gläubiger und Schuldnermächte erstrecken. Nur auf diese Weise kann eine allgemeine Regelung vorbereitet werden, auf die in der Moratoriumserklärung vom 16. Juni hingewiesen wird.

London hofft auf guten Ausgang

London, 4. Juli. Politische Kreise Londons brühten am Montag unumwunden ihre Zukunftszeit aus, daß es der deutschen Abordnung in Lausanne mittelbar gelingen sei, Herriot zur Rückkehr nach Lausanne zu veranlassen. Trotz der Schwierigkeiten werden die Konferenz-aussichten noch immer hoffnungsvoll beurteilt. Gegenüber den deutschen Gegenüberungen verhalten sich die amtlichen Stellen zurückhaltend, verneinen aber nicht die Sachlichkeit der deutschen Gegenüberungen, ausgenommen vielleicht die Forderung nach Streichung des Kriegsschuldparagrafen. „Evening News“ bringt den Bemühungen der deutschen Abordnung, die bestmöglichen Bedingungen zu erhalten, volles Verständnis entgegen. Das Blatt meint aber, daß wohl noch deutscher Auffassung die beste Verwendung für die zum Wiederaufbau Europas bestimmten Gelder darin liege, sie zunächst zum Aufbau Deutschlands zu verwenden.

Warmbold über die privaten Schulden

Amsterdam, 4. Juli. Der Sonderberichterstatter des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ hat den in Lausanne weilenden Reichswirtschaftsminister Prof. Dr. Warmbold über die - inwieweit demontierten - Verhältnisse von einer Abwertung deutscher Privatschulden befragt. Der Reichswirtschaftsminister versicherte mit größter Entschiedenheit, daß bei der deutschen Reichsregierung keine Augenblicke der Plan einer derartigen Maßnahme bestanden habe und daß ein solcher Gedanke niemals in Erwägung gezogen worden sei. Im übrigen erklärte der Minister, daß die Angelegenheit eine internationale Frage sei. Nach der Darstellung des Korrespondenten hat Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold weiterhin noch ausgeführt, wenn das Verhältnis zwischen dem Wert des Geldes und dem Wert der Produkte noch andauere und die Deflation sich noch weiter verschärfe, werde vielleicht nichts anderes übrigbleiben, als daß in schwerwiegendsten geratene Unternehmungen privatim und auf geschäftlicher Basis mit ihren Gläubigern unterhandeln.

Neuerdings, erklärte der Reichswirtschaftsminister weiter, schiene die Erkenntnis zuwachsen, daß man die Kapitalangelegenheiten der Welt nicht in Ordnung bringen könne, wenn es nicht gelänge, vermöge der Ausräumung der sich dem Waren- und Geldverkehr entgegenstellenden Hindernisse ein größeres Volumen für den internationalen Warenhandel und ein höheres Preisniveau zu erreichen. Das allgemeine Vertrauen könne aber erst wiederhergestellt werden, wenn das Reparationsproblem in Uebereinstimmung mit der deutschen Auffassung geregelt werde. Solange man die Wiederherstellung des Vertrauens nicht ermöglichen werde, werde die Befreiung des in Deutschland festgefahreten Kapitals nur sehr langsam vor sich gehen können. Der Minister erklärte schließlich noch, daß der Reichsregierung viel daran gelegen sei, den aus der Dawesanleihe und der Younganleihe sich ergebenden Verpflichtungen unter allen Umständen nachzukommen.

Die Stillhaltkonferenz vor dem Abschluss

London, 4. Juli. Am Schluß der Montagssitzung der Stillhaltkonferenz wurde folgende Mitteilung

herausgegeben: Der Ausschuss, der auf Grund des Stillhaltabkommens von 1922 eingesetzt wurde, hielt eine Sitzung zusammen mit den deutschen Vertretern ab. Die hauptsächlichsten Fragen, die zur Erörterung standen, waren die Frage der Vorschlagszahlungen, wie sie in dem Abkommen vom 1. März für diejenigen Schuldner vorgegeben waren, deren Verschuldung noch nicht um die vollen zehn vom Hundert herabgesetzt war, und ferner die von der deutschen Abordnung gestellte Forderung nach einer Revision der Zinsfrage. Der Ausschuss nimmt an, daß er seine Arbeiten am Dienstag beenden wird.

Wendung im englisch-irischen Konflikt

London, 4. Juli. Im Verlauf der heutigen Unterredung über die Vorträge, die die Erhebung von Sonderzöllen auf irische Waren vorliegt, erklärte das Mitglied der Arbeiterpartei, Greenwood, der irische Freistaat beabsichtige,

die England geschuldeten Jahreszahlungen in einem Sonderfonds einzusparen, bis der englisch-irische Konflikt durch einen Schiedspruch beigelegt sei. Der Staatssekretär für die Dominions, Thomas, erwiderte darauf: Ich habe erst vor einer halben Stunde davon Kenntnis erhalten. Wenn Devalera die Landannuitäten einbehält, weil er glaubt, daß es zu einer schiedsrichterlichen Entscheidung kommen wird, dann ist die Aufgabe bedeutend einfacher. Es wäre mir lieb gewesen, wenn ich vorher von Devaleras Absicht etwas gewußt hätte, denn jetzt handelt es sich nur noch um die Frage der Zusammensetzung des Schiedsgerichtes.

Englische Schutzölle verlängert

London, 4. Juli. Durch eine Verordnung des Schatzamtes werden die vorläufigen Zollsätze von 80 Prozent auf Eisen- und Stahlerezeugnisse, die am 20. Juli ablaufen sollten, auf weitere drei Monate in Kraft gelassen. Außerdem werden Zollzuschläge für Eisenblechherstellungen und ein Zoll auf durchsichtiges Zellulosepapier für Umhänge eingeführt.

Roosevelt gegen Hoover

Es war ein eigenartiger, aber sehr beachtender Zufall, daß an demselben Tag, an dem die Tribunaalgläubiger in Lausanne den Deutschen einen Vorschlag unterbreiteten, der das Tributproblem von der zukünftigen Haltung Amerikas abhängig machen soll, in den Vereinigten Staaten selbst als demokratischer Präsidentschaftskandidat und Gegenspieler Hoovers ein Mann aufgestellt wurde, der sich als schärfster Gegner jedes Schuldennachlasses an die ehemaligen Kriegeren bekennet. Wir wissen aus dem wiederholten Eingreifen Hoovers in den Genuß der Weltpolitik während der letzten zwei Jahre, über welche Macht der amerikanische Präsident dank seiner persönlichen Stellung und der seines Landes verfügt. Daraus läßt sich leicht folgern, daß bis zur Entscheidung in Amerika, also bis zum November, auch in der Behandlung der Fragen, die in Lausanne und Genf erörtert werden, eine Störung eintreten wird. Was man dort inzwischen auch über die Schuldenregelung oder Abklärung beschließen mag, das letzte Wort wird immer erst der Mann sprechen, der aus dem beginnenden amerikanischen Wahlkampf als Sieger hervorgeht.

Den republikanischen Kandidaten Hoover hat man trotz seiner persönlichen Undurchdringlichkeit aus seinen Taten auch in Europa kennengelernt. Wer aber in der demokratischen Gegner, der gegen ihn auftritt? Bekannt ist sein Name aus der Regierungszeit des Präsidenten Theobore Roosevelt, mit dem der jetzt aufgestellte Gouverneur des Staates New York, Franklin Roosevelt, aber nur entfernt verwandt ist. Der jetzt 50jährige hat die Laufbahn hinter sich, die dem reichen Amerikaner vorgeschrieben ist, wenn ihn politischer Ehrgeiz nach oben treibt. Er wuchs in einer Familie von Landbesitzern auf, studierte die Rechte und trat 1907 in eine New Yorker Anwaltsfirma ein, deren Teilhaber er heute noch ist. Aber sein politischer Latenzdrang hat ihm nie Zeit zur Ausübung dieses Berufes gelassen. Schon 1910 erreichte er Kusschen durch seinen Kampf gegen die eigene demokratische Parteiorganisation in New York, die Tammany Hall, deren Säuberung von korrupten Erscheinungen er durchsetzte. 1912 war Roosevelt dann einer der Hauptwahlmänner für Wilson, der ihn nach seinem Sieg mit dem Staatssekretärposten im Marineministerium besetzte. 1920 teilte Roosevelt bei der Neuwahl Wilsons Niederlage, hauptsächlich deshalb, weil er seinem Chef die Treue hielt und sich für dessen Völkerverbindungen einsetzte. Dann griff das Schicksal ein und warf den fleißigen Arbeiter wieder zur Macht strebenden lange Jahre aufs Krankenlager. Mit 40 Jahren wurde der bärenstarke Mann nach einem Bad von einer rätselhaften Krankheit befallen, die sich nach einiger Zeit als Kinderlähmung herausstellte. Roosevelt war ein Krüppel geworden, der weder Hand noch Fuß bewegen konnte. Erst im Laufe langer Zeit gelang es seiner eisernen Energie, das Leiden zu überwinden. Nach einem halben Jahr konnte er die Arme wieder bewegen, allmählich gewann er auch wieder Gewalt über die Beine soweit, daß er jetzt auf die Krücken verzichten und sich mit harter Schienung der Hüfte begnügen kann. Aber Treppensteigen ist ihm unmöglich und in sein Auto muß er gehoben werden. Wenn er sich trotzdem den Strapazen eines gemäßigten Wahlkampfes unterzieht, so mögen ihn die Erfahrungen des Jahres 1920 ermutigen. Damals ist es ihm, trotz seiner Gebrechlichkeit, gelungen, mit einer Reformmehrheit den Gouverneurposten von New York zu erobern und die Republikaner völlig auf dem Feld zu schlagen. Diese ungeheure Tatkraft in einem flecken Körper erinnert an den früheren englischen Schatzkanzler Snowden, der auf zwei Stöcken humpelnd im Haag Geschichte gemacht hat.

Wird ein solcher Erfolg auch Franklin Roosevelt beschieden sein? Die Aussichten für ihn sind unsicher, aber keineswegs ungünstig. Früher bestand der Unterschied zwischen der republikanischen und der demokratischen Partei in den Vereinigten Staaten in Nuancen der Auffassungen über die föderalistische oder unitarische Wiederrichtung, über härtere oder schwächere Schutzpolitik, über eine mehr konservative oder demokratische Richtung der Allgemeinpolitik. In der Hauptsache aber ging es immer darum, die Macht an sich zu reißen und alle Staatsstellen, von den Ministerposten bis zum Völkerverkehr im Weißen Haus, den eigenen Parteilanhängern auszuliefern. Im gegenwärtigen Wahlkampf haben die Parteien von ebendemselben keine Zugkraft mehr; die Parteien stellen sich auf die Sorgen um, die das amerikanische Volk besonders brüden und richten danach ihre Wahlplattform ein. Hoover tritt als wahrer bürgerlich-liberaler Traditionen auf, Roosevelt mit einem sozialistischen Programm; der Republikaner tritt als Schutzherr der Großwirtschaft, der Demokrat als unerschütterlicher Feind des „big business“, der nicht umsonst den Namen „Konzernbrecher“ führt. Auch in der Frage der Kriegsschulden, die außenpolitisch das Feld befeuern, bestehen Unterschiede. Hoover hat sich zwar im Hinblick auf den Wahlkampf geäußert, Versprechungen zu machen, aber er hat doch angedeutet, daß die U.S.A. nach einer beträchtlichen Erdrückung der Reparationen und der Annahme seiner Abrechnungsansprüche über Schuldennachlässe an ihre zahlungsunfähigen Schuldner in Europa mit sich reden lassen



münden. Roosevelt dagegen ist ein ausgeprägter Gegner jeder Streichung oder Herabsetzung der europäischen Schulden an Amerika. Jede Kaufmanns- und Exportvereinbarung mit amerikanischen Kaufmannshänden daher vor der Gefahr, daß Roosevelt's Wahl alle Hoffnungen auf ein Einlenken Amerikas zunichte macht. Der innerpolitische Gegenstand zwischen Hoover und Roosevelt wird sich hauptsächlich um die Frage der Prohibition drehen. Hoover hat sich trotz harter Gegenströmungen in seiner Partei in seinem Programm wieder für die Beibehaltung des Alkoholverbotes festgelegt; Roosevelt dagegen hat zum ersten Male den Mut gehabt, sich für die völlige Abschaffung der Prohibition auszusprechen. Es handelt sich dabei nicht nur um die Möglichkeit, alkoholische Getränke herzustellen und zu konsumieren, sondern auch um den Kampf gegen die Geheule, die seit Einführung der Prohibition, also seit 12 Jahren, das öffentliche Leben der Nation vergiftet. Die Realpolitiker stehen in dieser Frage gegen die harten Puritaner und die Gefahr von Abspaltungen von der republikanischen Partei ist groß, wenn Hoover sich nicht noch entschließt, seinen Anhänger eine bessere Alkoholverordnung vorzusetzen. Denn wie es in deren Reihen aussieht, das jetzt folgende Schilderung der „N. N.“ von dem Kongreß in Chicago, der Hoover's Wiederaufstellung beschloß:

„Nur weniger als 500 neue Freizeiten waren rind um die Konferenzhalle aufgemacht worden, in denen die Abgeordneten fleißig ihren Durst stillten. Damit nicht genug, wurde auf den Galerien offen Bier ausgeschenkt, und als sich bei der Proklamierung Hoover's zum Kandidaten der übliche Beifallsturm erhob, bel dem alle Anwesenden sich monatlich toll zu gebärden pflegen, machten die Gegner der Prohibition eine große Bierparade durch den Saal, während die gleichfalls hochbegeisterten Galeriebesucher zwischen Konfettiwirbeln und aufsteigenden bunten Gummiballons den Inhalt ihrer Biergläser den Deuten unten auf die Köpfe schüttelten! Auch einige Minister sollen hierbei auf geworden sein. Allerdings gab es dann einige Augenblicke

befremdlichen Schweigens, als plötzlich mitten in dem allgemeinen Jubel, das Bild Hoover's, das unter einem goldenen Adler an der Wand hing, tragend zur Erde fiel.“

Frühe Republikaner mögen das als ein böses Omen angesehen haben. Und ihre demokratischen Gegner haben gglatorisch gewiß einen günstigen Boden. Sie brauchen als langjährige Oppositionspartei den Hooveristen nur ihre unerfährten Prosperitäts-Versprechungen fähig um die Ohren zu schlagen. Was daraus geworden ist, liegt jeder Wähler vor Augen: in den letzten drei Jahren sind 4000 Banken zusammengekracht, die Wöhne und Gehälter sind um 30 bis 40 Prozent gesunken, die Arme greift immer noch weiter um sich und auch Hoover weiß kein Dauderwort mehr, um sie zu beschwören. Statt Prosperität begericht das Wort Depression die Stunde und die auf Wohlleben sehr erpöhten Amerikaner stehen ganz im Sinn der inaktischen Vorstellungen, die in diesem Wort liegen. Dazu drängen jetzt auch in Amerika von unten herauf Kräfte, die mit den überkommenen politischen Methoden nichts mehr zu tun haben wollen: Die Millionenzahl der haaltich nicht unterstützten Arbeitslosen und der unzufriedenen Kriegsveteranen. Sie sind keine Sozialisten und keine Kommunisten sie haben überhaupt noch keine Partei, die ihrer Unzufriedenheit öffentliche Ausdruck gäbe, aber sie treiben so etwas wie eine kollektivistische Welle hoch, deren unklare Streben nach sozialistischen, jedenfalls nach antiliberalen Bahnen drängt. Wenn deshalb die republikanische Parteiorganisation große Siegeszuversicht für Hoover zur Schau trägt, so ist sie nicht ohne weiteres berechtigt. Roosevelt ist ein gefährlicher Gegner und Überraschungen sind keineswegs ausgeschlossen. Sorgen wir also dafür, daß wir in Deutschland wenigstens nicht unangenehm vom Ausgange des amerikanischen Wahlsbogens überrascht werden können dadurch, daß wir in Lausanne unser Schicksal von der Auffassung der amerikanischen Wähler über Schuldentilgung, Prohibition und ähnliche amerikanische Angelegenheiten abhängig machen lassen.

Frankische Steuerpolitik im Saargebiet

Frankfurt, 4. Juli. Dem Landesrat lag in seiner Sitzung am Montag der von der Regierungskommission des Saargebietes vorgelegte Tarif über die indirekten Steuern zur Begutachtung vor. Dieser Tarif läßt eine Veranlassung der Steuererhöhung für Bier, Branntwein, Tabak, Kolonialwaren, Mineralöl, Mineralwasser, Salz, Seife, Zucker, Kakao, Tabakergänze, Wein, Traubenmost und weinhaltige Getränke, Jäger und Säbwaren vor. Ähnliche Redner erklärten in diesem neuen Verordnungsentwurf ihren ablehnenden Standpunkt. Die demängsten besonders die Tatsache, daß der Regierungsentwurf den Fraktionsmitgliedern erst 24 Stunden vor Beginn der Sitzung zugeleitet wurde. Insbesondere machte man der Regierungskommission den Vorwurf, daß sie die Wirtschaftliche mit altem großem Optimismus betrachte und daß sie dringende Maßnahmen unterlassen habe. Ferner wurde gefordert, daß der Steueranteil der Frankischen Gebiete des Saargebietes, der unter ganz anderen Verhältnissen und viel zu niedrig festgelegt worden war, erheblich erhöht werde. Steuerreform, Tarifserhöhung, Verteilung der aufgebährten Verwaltungskosten, insbesondere die für den französischen Unterricht usw., das waren die Forderungen sämtlicher Fraktionsredner. In einem Schlußwort konnte der Vorsitzende feststellen, daß die Vorlage einstimmig von sämtlichen Abgeordneten abgelehnt worden war.

Telegramm des Reichskriegertages an Bayern

Dortmund, 4. Juli. (Ein. Reich.) Der 4. Reichskriegertag, der hier am Sonnabend und Sonntag unter großer Beteiligung durchgeführt wurde, sandte dem Reichskanzler in Lausanne und der deutschen Botschaft in Belgien ein Telegramm:

„Wir vom 4. Deutschen Reichskriegertag in Dortmund sprechen vertrauensvoll die Erwartung aus, daß und beizri an den vertriebenen Reichs- und Hordernungen des deutschen Volkes festgehalten wird. Die alten Soldaten wollen keine kleinen Jugendkämpfe; sie fordern eine Lösung, die der Ehre und der Würde der deutschen Nation entspricht, auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung. Sie wollen das Recht jedes freien Volkes; Das Vaterland in Not und Gefahr schützen und verteidigen können.“

Der Bayerische Landbund gegen Separatismus

München, 4. Juli. Der Bundesvorstand des Bayerischen Landbundes hat eine Entschließung in der es u. a. heißt, der Bayerische Landbund habe den Rücktritt der parlamentarisch gebundenen Regierung begrüßt und lege in dem gegenwärtigen Reichskabinett die Klärung der Reichspräsidenten, die Regierung vom dem Einfluß der politischen Parteien noch unabhängig zu machen. Ohne Verfassungsreform seien eine politische Veränderung und ein wirtschaftlicher Aufstieg nicht möglich. Der Bayerische Landbund wende sich gegen alle Bestrebungen, die mit einer Auflösung Bayerns vom Reich spielen.

Der Spitzenkandidat der DDP in Chemnitz-Zwickau

Zwickau, 4. Juli. Die Wahlkreisorganisation der Deutschen Volkspartei im 30. Wahlkreis hielt am Sonntag in Zwickau einen Vertretertag ab. Zum Spitzenkandidaten wurde einstimmig Kommerzienrat Uebel (Zwickau) bestimmt.

Wechsel in der SA-Führung in Sachsen

Dresden, 4. Juli. Laut Verfügung des Obersten SA-Führers Adolf Hitler hat Kapitänleutnant a. D. Manfred v. Rillingen sein Amt als Gruppenführer Sachsens niedergelegt und die SA-Inspektion Ost übernommen. Sein Nachfolger in der Führung der Gruppe Sachsen ist v. Dettin.

SPD-Fleischer in Angnade

Dresden, 4. Juli. Die ostsächsische Sozialdemokratie hat einen bemerkenswerten Wechsel in ihren Reichstagskandidaturen vorgenommen. Der bisherige langjährige Spitzenkandidat Hermann Fleischer, der frühere sächsische Volksbildungsminister, ist ersetzt worden durch den bisherige Reichstagspräsidenten Pöbe. Fleischer ist an die höchste Stelle gerückt. Vor ihm stehen noch die bisherigen Abg. Toni Seiber, Krät, Dobbert (Weißh.).

Keine neue Presseverordnung. Von ausländischer Stelle werden Gerüchte über eine beabsichtigte neue Presseverordnung der Reichsregierung, wonach Zeitungsverbote durch die Reichsregierung ausgesprochen werden sollen, als falsch bezeichnet.

Kritik an der preußischen Polizei

Hauptauschuss des Preussischen Landtags

Berlin, 4. Juli. Der Hauptauschuss des Preussischen Landtages beschäftigte sich am Montagmorgen mit den Anträgen, die sich in der Hauptsache gegen das Vorgehen der Polizei bei verschiedenen Anlässen richteten. Zunächst wurde mit den Stimmen der Nationalsozialisten, der Kommunisten und der Deutschnationalen ein nationalsozialistischer Antrag angenommen, der das Staatsministerium ersucht, sofort die Verfügung auszuheben, nach der den preussischen Behörden und auch den Gerichtsvollziehern verboten wird, amtliche Bekanntmachungen in den Zeitungen mit bestimmter politischer Weltanschauung zu veröffentlichen. — Die gleiche Mehrheit stimmte dem nationalsozialistischen Antrag zu, wonach dem Berliner Polizeipräsidenten erneut eingeschärft werden soll,

daß Polizeibeamte den Boden der Universitäten und sonstigen Hochschulen grundsätzlich nur mit vorheriger Erlaubnis des zuständigen Rektors betreten dürfen,

und daß Polizeibeamte auf alle Fälle beim Betreten von Hochschulen stets äußerlich als Polizeibeamte erkennbar sein müssen. Dagegen wurde gegen die nationalsozialistischen Antragsteller der Antrag abgelehnt, in Preußen den Schradler-Verband der Polizeibeamten aufzulösen und sein Vermögen zugunsten der Kriegerverwundeten sicherzustellen. Der Vertreter der Regierung hatte darauf hingewiesen, daß der Durchführung der Auflösung die rechtlichen Grundlagen fehlen.

Ein Antrag auf Amtsenthebung der beim Aufzug der Stagerat-Wache in Berlin die Aufsicht führenden Beamten wurde dem Polizeiausschuss zur Untersuchung und Bericht übergeben, nachdem es bei der Besprechung darüber um einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Abgeordneten Dr. Hamburger (Soz.) und dem Abgeordneten Dinkler (Nat.-Soz.) gekommen war, der erklärte, daß er von Juden, auch wenn sie Abgeordnete seien, keinerlei Bezeichnungen entgegennehme. An den gleichen Ausschuss wurde der nationalsozialistische Antrag überwiegen, den Kölner Polizeipräsidenten sofort seines Amtes zu entheben, weil er verantwortlich für das Vorgehen von Polizeikommandos am 19. Juni in Köln gewesen sei,

die ohne hinreichenden Grund Nationalsozialisten, Stahlhelm und andere Anhänger mit Gummischlägeln überfallen und teilweise sehr schwer verletzt hätten.

Wegen Nationalsozialisten und Deutschnationaler wurde der Antrag der NSDAP abgelehnt, wonach das Staatsministerium die politische Zerschlagung des nationalsozialistischen Parteibundes in Köln sofort ausheben sollte. — Ein deutschnationaler Antrag, von der Erhebung einer Verwaltungsgebühr für die Ausstellung einer Bescheinigung bei Anmeldung von politischen Versammlungen abzusehen, erledigte sich durch die Erklärung eines Regierungsvertreters, daß die Polizeibehörden angewiesen sind, solche Gebühren nicht mehr zu erheben.

Dekreten der „Eisernen Front“

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 4. Juli. Die „Eiserne Front“ veranstaltete am Montagabend eine große Demonstration im Berliner Lustgarten, die ein Mutterbeispiel war für die Demagogik, die mit der Sozialdemokratie ihre Wadlagitation betreiben. Unter den roten Fahnen sah man auch den Reichstagspräsidenten Pöbe, den Berliner Polizeipräsidenten Graef, den Vizepolizeipräsidenten Dr. Weik und zum Schluss auch den Kommandeur der Schutzpolizei, Deimannsberg. Es ist bezeichnend für die zur Zeit noch herrschenden Zustände in Preußen, daß diese Herren den mahlofen Schimpfenden einiger ihrer prominentesten Genossen in aller Ruhe bewohnten.

Die Kundgebung wurde eröffnet von dem Sozialdemokraten Künzler, der u. a. ausführte: „Der Klassenbewusste Proletarier und der überzeugte Republikaner würden niemals dulden, daß auf Deutschland eine nationalsozialistische Trödelbude würde.“ Dittmann sagte in seiner Hauptrede, die Reaktion sei im Begriff, sich in den Sattel zu legen und das Dritte Reich, das Reich der Volkserhebung und Volkserhebung, zu schaffen. Es läme nur darauf an, die Nationalsozialisten „als Kettenhunde der kapitalistischen Reaktion“ zu entlarven. „Judas Hitler“ habe das Volk verraten und verkauft, „Judas Hitler“ sei verantwortlich für die Verelendung der Massen. Die „Eiserne Front“ werde den Rastterror brechen. Der Redner führte weiter aus, „er habe dem Innenminister v. G. u. g. gesagt, er solle sich nicht täuschen über das Kräfteverhältnis in Deutschland“. Der Abgeordnete Stämpfer, Chefredakteur des „Vorwärts“, hielt dann noch eine kurze Ansprache, in der er das Kabinett v. Papen anklagte, durch einen Geheimpakt mit Hitler „namenlos Unglück dem deutschen Volk beschert zu haben“. Der „Vorwärts“ sei verboten worden, weil man angeblich die Regierung verächtlich gemacht habe. Wäube man denn, daß die öffentliche Meinung der Regierung im Volke steige, wenn man „Verbrennen erlaube, Uniform zu tragen“?

Man muß sich wundern, daß es bei diesen beispiellosen Dekreten ruhig abging, und daß es zu keinerlei ernstlichen

Zwischenfällen gekommen ist. Die Anwesenheit der Spitzen der preussischen Polizeileitung bei dieser Veranstaltung beweist aber von neuem, wie dringend notwendig ein Durchgreifen des Reiches in Preußen ist.

Ein Jahr Gefängnis für Barrakendebau

Berlin, 4. Juli. Das Schnellschöffengericht beim Amtsgericht Berlin-Mitte verurteilte den Transportarbeiter Oskar Schäfer, der sich an der Aufrihtung von Festungsbarracken beteiligte, die am 22. und 23. Juni dieses Jahres von Kommunisten in Moabit in der Hochher und Verlichingstraße aufgestellt worden waren, um bei dem Anrücken der Polizeifreiwagen deren Vorwärtstommen zu verhindern, wegen schweren Aufzuges zu einem Jahr Gefängnis. Bekanntlich war an diesem Tage der Stadtteil Moabit ein kommunistischer Unruheort, so daß die Polizei verschiedene unter größten Schwierigkeiten gegen die kommunistischen Unruheführer vorgehen mußte.

Recht merkwürdig nahm sich das Zeugnis eines Angehörigen der Schutzpolizei namens Krüger aus, der es über sich brachte, zu erklären, „er könne verstehen, daß Andersgesinnte ergrimmt seien, wenn Nationalsozialisten in ihrem Bezirk aufsuchten“. Demöner aus dem Moabiter Unruheviertel hätten ihm offen gesagt, „sie möchten so lange haben, bis die Nationalsozialisten aus ihrem neuen Lokal wieder fort seien“. Es müssen in der preussischen Polizei seit lange die Zustände herrschen, wenn Degane der Ordnung vor Gericht es über sich bringen, Verständnis für kommunistischen Strafenerror und Barrakendebau aufzubringen.

Brüning bekenn sich zur Demokratie

Düsseldorf, 4. Juli. Reichskanzler a. D. Brüning sprach am Montag in Neuchâtel und München in Gabbach. In Neuchâtel führte Brüning unter anderem aus, man könne nicht sagen, daß bislang unter der neuen Regierung über das hinaus, was in der früheren Regierung vorbereitet war, sehr Wesentliches erreicht worden wäre. Man wolle aber an die Stelle der Koalitionen und Bündnisse die Alleinherrschaft einer einzelnen Partei setzen. Man wolle keine Verletzung, sondern eine Anechtung der freien Kräfte. Die Demokratie sei die Staatsform, die für ein kulturell und politisch hochstehendes Volk die geeignetste sei.

Branntweinverbot am Wahltag?

Berlin, 4. Juli. Der Reichsminister des Innern hat bei den Landesregierungen angeregt, entsprechend dem Vorgehen bei der Reichstagswahl 1930 und der Reichspräsidentenwahl 1932 zu erwägen, ob sich nach den Bedürfnissen der einzelnen Reichsteile empfiehlt, für den Tag der Reichstagswahl und dem Vortag den Ausschank von Branntwein und den Kleinhandel mit Trinktbranntwein zu verbieten.

Bertram setzt seinen Flug fort

Die wunderbare Rettung der deutschen Flieger

Berlin, 4. Juli. Wie aus durchaus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, sind Verhandlungen im Gange, die es ermöglichen sollen, daß der ausgefundene Flieger Berttram seinen Australienflug fortsetzen kann, und zwar mit seiner Junkersmaschine „Atlantis“, die bis auf den einen Schwimmer nicht weiter beschädigt ist.

Wie der „Berl. Volksanzeiger“ über die Errettung Berttrams und Clausmanns berichtet, verbanden die Flieger ihre wunderbare Rettung zwei australischen Fischern, die sich ihrer annahmen. Die furchtbaren Entbehrungen der sechs Wochen langen Irwanderung durch die Wildnis hatten die Deutschen völlig erschöpft. Die beiden Flieger wurden bei Kap Bernier, 200 Meilen westlich von Port Darwin, aufgefunden. Die Eingeborenen versuchten, die beiden hilflosen Flieger zur nächsten Anheftung zu schaffen. Aber angesichts des Zustandes der Verirrten erwies sich das als unmöglich. Einer der beiden Eingeborenen machte sich deshalb auf den Weg und alarmierte ein von der australischen Regierung nach den Fliegern ausgesandtes Suchkommando. Der Führer dieses Kommandos, Conradie Rarsball, war der erste Weiße, den die Flieger nach 45 Tagen zu Gesicht bekommen haben. Rarsball sandte sofort einen eingeborenen Führer nach Wundbam, der weitere Hilfe herbeiführte. Es wurde von dort ein Motorboot abgesandt mit Kleidung, Medikamenten und Lebensmitteln an Bord.

Man nimmt an, daß dieses Motorboot am kommenden Mittwoch mit den Totgesandten in Wundbam eintrifft wird.

Wie Clausmann erzählte, waren beide Flieger bereits am 22. Juni bewegungsunfähig. Sie hatten sich hinter einem Steinhaufen niedergelegt, um den Tod zu erwarten. Mit dem letzten Rest von Energie versuchten beide, sich zu er-

heben und gestützt auf die Eingeborenen, weiterzukommen, aber die Beine verlagten den Dienst. Wir traten, sagte Rarsball, beim Anblick der völlig ausgeschöpften und von den Anstrengungen dem Wahnsinn nahegebrachten Männer die Tränen in die Augen. Wir sind durch die glückliche Rettung der beiden auf das beste für das wochenlange anstrengende Suchen belohnt worden.

Nach Meldungen aus Rensseld, wo die Eltern Berttrams wohnen, herrscht dort im Elternhaus große Freude. Die Berttrams sind alleingelassene Rensselder und besitzen dort ein Gutshaus. Sie erhielten heute ein Telegramm aus Wundbam in Australien. Ganz Rensseld kommt, um den Eltern zu gratulieren. Mit Ausnahme der Eltern hat niemand mehr auf die Rettung gehofft.

Schüsse im Gerichtssaal

Zwei Tote, eine Verletzte

Berlin, 4. Juli. Im Amtsgericht Charlottenburg wurde am Sonnabend ein Erschließungsprozess verhandelt. Am Nachmittag gegen 4 Uhr von plötzlich der 48jährige Suhr v. Sonnenberg einen Revolver und schoß auf seine Gegerin Elise Döring und ihren Rechtsanwalt. Der Rechtsanwalt Garimann und der Volkshamer Strahe wurde so schwer verletzt, daß er auf dem Transport zum Krankenhaus verstarb. Elise Döring erhielt zwei schwere Bauchschüsse. Als Sonnenberg sah, daß er keine Gegner getroffen hatte, richtete er den Revolver auf sich und traf sich tödlich in den Kopf.

Beischel-Prozess hinter verschlossener Tür

Berlin, 4. Juli. Im Caro-Beischel-Prozess beschloß das Gericht auf Antrag beider Prozessparteien, die Öffentlichkeit des Dr. Ernst Beischel unter völligem Ausschluss der Öffentlichkeit zu eröffnen. Diese Maßnahme dürfte für mehrere Verhandlungstage in Kraft bleiben.



Die Kandidaten für den amerikanischen Präsidentschaftskampf

Die Konvention der Demokratischen Partei in Chicago...

New York Times

Staatsberatung im Sächsischen Landtag

Dresden, den 4. Juli 1932. (Fortsetzung des Berichtes aus dem Abendblatt.)

Kapitel des Staatshaushaltsplanes 1932

Abg. Dr. Ehardt (D.R.) der Ansicht, daß nach wie vor an dem bewährten Oberbörsterverfahren festzuhalten sei.

Abg. Klype (D. Sp.) weist, wie schon der Vorredner, darauf hin, daß am Kapitel Fortsetzung seit Jahren Kritik geübt worden sei.

Abg. Dr. Dankmeyer behandelt die schlechte Lage der Jmter und die Schäden, die den Landwirten durch Güterraum entstehen.

Abg. Schladebach (D.M.) bespricht die Ergebnisse der staatlichen Landwirtschaftsbetriebe, woraus zu entnehmen sei, daß der Landwirtschaft der Schutz der Erzeugnisse...

Abg. Gatzig (Soz.) gibt den Bericht zu Kapitel 24, A: Ministerium des Innern

und empfiehlt im wesentlichen die Genehmigung der Einreichungen nach der Vorlage.

gegen zu verfahren, daß die unteren und mittleren Verwaltungsbeamtengruppen noch weiter vom Gehaltsabbau betroffen werden...

Abg. Gatzig (Soz.) berichtet auch über Kapitel 24, B: Arbeits- und Wohlfahrtsministerium.

Auch hier wird unter Streichung der Dienstaufwandsentschädigung für den Minister in der Hauptsache die Bewilligung der Einstellungen vorgeschlagen.

Zu Kapitel 24, C: Wirtschaftsministerium

wird ebenfalls die Streichung der Dienstaufwandsentschädigung des Ministers empfohlen.

Die Kommunisten haben Anträge eingebracht, nach denen die Gehaltsbezüge der Beamten und Angestellten den Betrag von 8000 RM. nicht übersteigen dürfen.

Abg. Gatzig (Soz.) gibt den Bericht zu Kapitel 24, A: Ministerium des Innern

und empfiehlt im wesentlichen die Genehmigung der Einreichungen nach der Vorlage.

Lage des Staates eine finanzielle Unterstützung aus Staatsmitteln für die sächsischen Betriebe des Textilkonzerns...

erzählt. Im Interesse des sächsischen Wirtschaftslebens würde es die Regierung begünstigen, wenn dies der Fall wäre.

Sowohl die Regierung als auch die im Bankenkonzern vertretenen sächsischen Staatsbank werden versuchen, darauf hinzuwirken, daß ein Konkurs des Konzerns vermieden wird.

ein Konkurs des Konzerns vermieden wird, und daß im Falle eines Vergleichs die Kleinen Gläubiger...

inneminister Richter weist darauf hin, daß in der Sächsischen Denkschrift eine Verminderung der Kreis- und Amtshauptmannschaften vorgelesen sei.

Die Abstimmung Die behandelten Staatskapitel werden in der Hauptsache nach den Vorschlägen des Haushaltsausschusses B verabschiedet.

Die Dienstaufwandsentschädigung im Kapitel Gesamtministerium werden ebenfalls abgelehnt. In den außerordentlichen Etat werden eingestellt zur Stärkung der Kreditinstitute des Mittelstandes...

von der Reichsregierung mit allem Nachdruck die Bereitstellung ausreichender Mittel für die Durchführung der in Sachsen nötigen Talperrrenbauten zu fordern.

Auf Antrag der Deutschnationalen wird die Regierung ersucht, dem Landtage eine Aufstellung aller Beteiligungen an Gesellschaften und Organisationen nach Höhe und Haftung zu geben.

Mit den Stimmen der Linksparteien und der Staatspartei beschließt der Landtag, die Verabschiedung der Güter- und Bleifarbenwerke wegen der Einstellung der G.H. und G.S. Leute zur Verantwortung zu ziehen.

Nächste Sitzung heute 11 Uhr Tagesordnung: Zweite Beratung folgender Kapitel des ordentlichen Staatshaushaltsplanes...

Ein tragischer Kaisertraum

Am 100. Geburtstag Maximilians von Mexiko, 4. Juli

Die Tragödie von Queretaro, die standrechtliche Erschießung des Erzherzogs Maximilian von Oesterreich, die seinem kurzen Traum als Kaiser von Mexiko ein trauriges Ende bereitet...

Von dem feierlichen Empfang beim Einzug in Mexiko am 12. Juni gedenkt, glaubte er an eine ehrliebe Begleitung des Volkes, mußte aber bald erfahren, daß der größte Teil des Landes an der Republik festhielt.

zu verschaffen, sah ihn aber niemals wieder und verfiel in geistige Umnachtung, in der sie lange Jahre hindurch die Rückkehr des Toten harpte.

Maximilian zeigte bis zum letzten Augenblick eine bewundernswürdige feste Haltung und Ruhe. Auf dem Wege zum Richtplatz rief er aus: Was für ein herrlicher Tag! Ich habe mir immer gewünscht, an einem solchen zu sterben!

General Miramon den Ehrenplatz in der Mitte einnahm. Auf die kurze Anrede, die er an das Volk richtete, brach lautes Schreien aus.

Kunst und Wissenschaft

† Dresdner Theaterspielplan für heute. Opernhaus: „André Chénier“ (18).

† Goethe auf dem Theater. Von kulturgeschichtlicher Bedeutung ist die Ausstellung „Goethe auf dem Theater“, die das Institut für Theaterwissenschaft an der Universität...

füllenden Ödrekreis. Hans Boh hatte auch diesmal kugelförmig die künstlerische Zielsetzung nicht überbittelt...

† Dresdner Künstlerhilfe in Danzig. Zum Besten des Sächsischen Künstlerhilfsbundes fand in Danzig ein großes Konzert statt, das trotz Julihitze und Sommerhitze nicht nur etwa 1500 Besucher verzeichnete...

† Dresdner Theaterplan für heute. Opernhaus: „André Chénier“ (18). Schauspielhaus: „Wenn die kleinen Vögelchen blühen“ (8).

† Goethe auf dem Theater. Von kulturgeschichtlicher Bedeutung ist die Ausstellung „Goethe auf dem Theater“, die das Institut für Theaterwissenschaft an der Universität...

† Dresdner Theaterplan für heute. Opernhaus: „André Chénier“ (18). Schauspielhaus: „Wenn die kleinen Vögelchen blühen“ (8).



Die Grenzlandtagung des Wehrwolfs

Den Abschluß des großen Gastreffens bildete am Sonntagnachmittag eine imposante Kundgebung auf dem Theaterplatz, wo Landesführer Schickelanz und Kamerad Hartmann die Öffentlichkeit über die Ziele des Wehrwolfs unterrichteten.



Der Ufa-Confilm-Aufnahmewagen auf der Dresdner Vogelwiese
Die Aufnahmen hiervon sind täglich in allen Vorstellungen in den Ufa-Theatern zu sehen.

Haushaltberatungen der Stadtverordneten

Der Finanzdezernent schildert die Finanzlage der Stadt - Sämtliche Parteien lehnen ab

Parteigeist statt Sachlichkeit

Die Haushaltsplanberatungen im Stadtverordnetenkollegium ließen sehr bald erkennen, daß sämtliche Parteien von links bis rechts den Etat für 1932 ablehnen. Man wundert sich unter solchen Umständen nur, warum eine Mehrheit des Kollegiums noch die Einzelberatung der Staatskapitel verlangt, bei der doch nur Sozialdemokraten und Kommunisten Kautionskredite zum Fenster hinaus halten, ohne daß praktische Ergebnisse erzielt werden. Selbstverständlich hat die Ablehnung des Etats nur den Sinn einer Demonstration. Die Stadtverordneten wollen die Verantwortung für einen Etat mit 7 1/2 Millionen Defizit nicht übernehmen, weil mit Recht die bisherige Methode der Ueberbürdung von Reichsaufgaben auf die Gemeinden bei gleichzeitiger Rückgang der Ueberweisungssummen auf das schärfste zu mißbilligen ist. Freilich besteht wenig Hoffnung, daß die zuständigen Reichsstellen diesen Proteststrich hören werden. Die Ausschüsse werden vielmehr über Dresden den Zwangsset verhängen. Im Herbst wird man klarer sehen, wie lange das Reich die Gemeinden in diesem Schwebeszustand lassen kann. Der Finanzdezernent hat für den Fall der Uebernahme eines größeren Teils der Wohlfahrtslasten durch das Reich einen Nachtragset angeknüpft, der sogar die nachträgliche Bilanzierung des Gesamthaushalts bringen soll. Freilich auch dann bleiben schwere Sorgen bestehen. Die riesigen Schulden von 200 Millionen, die in den wenigen Jahren von 1924 bis 1929 gemacht wurden, erfordern 20,8 Millionen für den Schuldendienst, während die 520 Millionen Vermögen der Stadt nur 24,8 Millionen Erträge bringen. Die Behauptung des Finanzdezernenten, die Verschuldung sei mit 50 % nicht übermäßig, ist so lange unhaltbar, wie das Mißverhältnis von Erträgen und Schulden besteht. Auch wenn das Reich zu besserer Einsicht kommt, wird die Stadt unter ihrer aus marxistischem Geist geborenen Schuldenpolitik noch lange leiden.

Uebrigens ein bereites Beispiel dafür, wie sehr im Kollegium Parteigeist über sachliche Erwägungen triumphiert, gab die Ablehnung der Wiederwahl des als hervorragenden Sachmannes in ganz Deutschland bekannten Stadtbaurats Dr. Ing. Veste durch die Linke. Dabei haben drei weiße Enthaltungsettel, die von nichtmarxistischen Stadtverordneten abgegeben worden sind, den Ausschlag. Warum wurde der Sachmann, für den kaum so rasch Ersatz gefunden werden kann, abgelehnt? Der Grund ist offenkundig. Dr. Veste, der übrigens als Mitglied der Sparkommission weit über sein Ressort hinaus sich um die Stadt Verdienste erworben hat, ist ein aufrichter nationaler Mann, der aus seiner Bestimmung nie ein Hehl gemacht hat. Sachlichkeit und unparteiliche nationale Gesinnung aber sollen dem roten oder rötlichen Parteibuch unterliegen, so will es eine verübende Mehrheit. Bei den Stadtverordnetenwahlen im November wird die Dresdner Bevölkerung auch über diesen Ungeist den Stadtbrechen.

Der Sitzungsbericht

Dresden, am 4. Juli.

Die öffentliche Sitzung der Stadtverordneten zu Dresden wird vom Vorsitzenden um 6 Uhr 30 Min. eröffnet. Das Kollegium tritt zunächst in die Abstimmung durch Stimmzettel über die Wiederwahl von Stadtbaurat Dr. Ing. Veste. Mit 33 Reichstimmen der Linken gegen 31 bürgerliche Stimmen bei drei Enthaltungen wird die Wiederwahl abgelehnt. Die rein politische Abstimmung wird mit empörten Zwischenrufen recht ausgenommen.

Ein kommunistischer Antrag, die Mittel für Lehrmittelfreiheit und Schulpflicht

für Kinder von öffentlich Unterhalten und Kurzarbeitern bereitzustellen, wird angenommen. Ebenso ein Zusatzantrag Frabe, durch Aufruf weitere Mittel stiftet zu machen. Der Rat beschließt, das städtische Mutter- und Säuglingsheim an der Permsdorfer Straße zu schließen, wird gebilligt.

Sodann wird die Frage zur Debatte gestellt, ob die Petition der Arbeiter auch dann eingezogen werden soll, wenn die Großmarkthalle nicht gebaut wird. Der Rat wünscht die Einziehung, die Stadtverordneten lehnen jedoch einstimmig ab.

Das Kollegium tritt hierauf in die

Beratung des Haushaltplanes

Das Wort nimmt zunächst der stellvertretende Finanzdezernent

Dr. Arumbiegel.

Der Redner schilderte zunächst die finanzielle Entwicklung der Jahre von 1926 bis 1931. Man habe ursprünglich durch lang- und kurzfristige Anleihen zahlreiche Bauvorhaben durchführen lassen, um die Arbeitslosigkeit zu mindern. Aber es sei immer stärker angewachsen. Die kurzfristige Verschuldung sei im September 1931 auf 87,5 Millionen angewachsen. Sie sei fast genau so hoch wie die Defi-

zite von 1925 bis 1930. Daraus ergab sich, daß in den letzten die Ursache dieser Fehlbeträge liege. Infolge der Rentenüberweisungen des Reiches und des ungünstigen Steuerertrages könne die Stadt Gehälter und Pensionen nur noch in sechs Monatsraten zahlen. Es sei das Bestreben des Dezernenten, so rasch wie möglich hiervon abzukommen. Ein Erfolg sei, daß die schwebenden Schulden auf 31 Millionen zurückgegangen seien. Der Haushaltplan ist mit 6,4 Millionen zur Tilgung kurzfristiger Schulden und mit den Wohlfahrtslasten stark belastet.

Der Fehlbetrag von 7,4 Millionen könne ausgeglichen werden, wenn das Reich den Forderungen des Städteverbandes auf Entlastung der Städte von einem Großteil der Wohlfahrtslasten gerecht werde, sonst könne er sich auch erhöhen.

Der Redner gab sodann einen Überblick über die Steuerarten der Stadt. Besonders interessant ist, daß die Bürgersteuer 1930 1,6 Millionen ergab, 1931 dagegen bei 800 Prozent Zuschlag zum Landesfuß 4,7 Millionen. Für 1932 rechnet man bei 400 Prozent Zuschlag mit 6 Millionen.

Insgesamt besitzt die Stadt Vermögenswerte im Gesamtwert von 520 Millionen Mark. Die langfristigen Schulden betragen 200 Millionen Mark, die kurzfristigen 31 Millionen. Die Stadt ist also mit 60 Prozent ihres Vermögens belastet.

Der Redner ermahnt zum Schluß das Kollegium, den Haushaltplan zu genehmigen und bei Änderungen Rücksicht auf die Rotverordnungen und die Kassenlage der Stadt zu nehmen. Verne das Kollegium den Haushalt ab, so werde die Staatsaufsicht über Dresden verhängen.

St. A. Sattler (Volksp.) ist der Ansicht, daß eine Einzelberatung für den Fall zwecklos ist, da der Haushaltplan doch abgelehnt wird. Man solle deshalb vor der Einzelberatung über den Gesamtetat abstimmen. Ein diesbezüglicher Antrag wird jedoch von der Linken und den Nationalsozialisten abgelehnt.

St. A. Richter (Natsp.) beantragt Aufhebung der Haushaltsberatungen, bis der Rat Auskunft über die gesperrten Konten gibt und ein vollständiger Etat vorliegt. Das Kollegium lehnt jedoch ab.

Aussprache über den Gesamtetat

In der

spricht zunächst St. A. Bösch (Soz.). Der Redner konnte es sich im Laufe seiner Ausführungen nicht verlagern, einen scharfen Angriff gegen seinen ehemaligen Parteifreund Bürgermeister Dr. Müller zu richten, der doch von der Sozialdemokratie in sein Amt berufen wurde, und, solange er der Partei angehört, auch unbedingt unterstützt wurde. Bösch erklärt jetzt, Müller habe sein Amt nicht sorgfältig verwaltet. Er sei nie im Herzen Sozialdemokrat gewesen, und habe nie mit der Partei gefühl. Wenn die Sozialdemokratie ihn trotzdem gewählt habe, so deshalb, weil sie keine Gesinnung wenigstens für ehrlich gehalten habe. Dies sei ihm nicht auszubilligen, nachdem er jetzt Vorträge über sozialistische Mißwirtschaft halte. Bösch begründet besonders, daß der letzte Finanzdezernent nicht die Sozialdemokratie, sondern Justiz und Krise für die schlechte Finanzlage verantwortlich gemacht habe. Zum Schluß sprach der Redner über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften, die Anleihen für diesen Zweck fordern. Wer die Anleihen zeichnen soll, darüber konnte Bösch ebenso wie die Gewerkschaften keine Auskunft geben.

St. A. Sattler (Volksp.) erklärte, weder Rat noch Kollegium könnten einen befriedigenden Haushaltplan aufstellen. Wenn Reich und Land nicht mit ausreichender Hilfe beizutragen, um die fortgesetzt steigenden Wohlfahrtslasten zu tragen, müßten die Gemeinden schließlich in Schulden erkranken.

Nehmen die Stadtverordneten den Haushalt an, so werde bei den Ausschüßstellen die Reinigung erteilt, die Belastung sei noch tragbar.

Die Deutsche Volkspartei lehne daher den gesamten Haushaltplan ab, um zu betonen, daß wir am Ende der Leistungsfähigkeit seien, wenn nicht der Rat nach wirksamer Hilfe gehört werde. Die Verabschiedung des Haushaltplanes sei das vornehmste Selbstverwaltungsrecht. Die Rot habe und dieses Recht aus den Händen genommen. Die übergebenen Stellen mögen deshalb auch die volle Verantwortung übernehmen. Sittlichkeit wache dann der Wille, den Gemeinden über die schwere Zeit hinwegzuhelfen.

St. A. Rungsh (Handw. u. Gew.): Die Zinslast der 200 Millionen Schulden frese weit mehr, als aus dem Vermögen von 520 Millionen an Einnahmen erwachsen. Die trostlosen Verhältnisse unserer künftigen Finanzen seien eine Folge des wirtschaftlichen Niederganges, an dem die Tribute und der Marxismus die Hauptschuld trügen. Scharf wandte sich der Redner gegen die Regiebetriebe der Stadt,

die die freie Wirtschaft in ihrer Existenz bedrohten. Die Steuerzahler ruinierten, bedeute aber auch Verschlagung der Sozial-

politik. Deshalb sei die Einrichtung von Regiebetrieben unmoralisch und verstoße gegen die guten Sitten. Wirtschaftliches Denken tue wieder not. Die Fraktion des Redners werde den Haushaltplan in seiner jetzigen Form ablehnen und sich ihre Stellungnahme zum Nachtragset vorbehalten.

St. A. Gabel (Komm.) lehnt den Etat unter heftigen Ausfällen gegen die übrigen Parteien ab.

St. A. Dr. Herthold (Kons.) wendet sich eingangs seiner Ausführungen scharf gegen die Bewilligungsfreudigkeit des Stadtverordnetenkollegiums. Die sinnlosen Kautionsanträge der Linken hätten das Selbstverwaltungsrecht zerstört. Aus dem großen Gebanten des Freiherrn vom Stein sei ein entarteter Gemeindeparsamentarismus geworden. Der Redner kündigte auch für seine Fraktion die

Ablehnung des Haushaltplanes an, weil sie keine Möglichkeit sehe, daß er in der Form durchgeführt werde, wie er aus den Beratungen hervorgehe.

Allerdings müsse man hoffen, daß sich die Verhältnisse namentlich hinsichtlich der zu erwartenden Reichshilfe bis zur Beratung des Nachtragsetats so weit gelockert hätten, daß man eine Neuordnung der Gemeindefinanzen in Angriff nehmen könne.

St. A. Schubert (Staatsp.) erklärt, seine Partei werde, obwohl sie der im Etat geleisteten Arbeit durchaus sympathisch gegenüberstehe, den Etat ablehnen. Würden alle Gemeinden so handeln, so werde das Reich diesen Prozeßschritt nicht mehr übersehen können.

St. A. Richter (Natsp.) kritisierte scharf die Erdragerische Steuerreform, die den Anstoß zu dem heutigen Finanzleiden gegeben habe. Sie habe eine Ausweitung der Aufgaben und Entziehung der meisten Steuerquellen gebracht. Die Städte müßten wieder eine eigene Finanzhoheit und eigene Steuerquellen erhalten, damit sie selbstverantwortlich ihre Aufgaben erfüllen könnten.

Zumultigungen

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde der Redner von dem sozialdemokratischen Stadtverordneten Spatke, der eine Karikatur entfaltete und sie in Beziehung zu dem Redner brachte, in schwerster Weise beleidigt. Der Vorsitzende, Herr Spottke zur Ordnung zu rufen, ermahnte ihn schließlich, auf den Platz zu gehen. Darüber beschwerte sich St. A. Richter und wurde im Verlaufe eines immer heftiger werdenden Wortwechsels dreimal zur Ordnung gerufen und aus dem Saale verwiesen.

Der Vorsitzende Bösch gab hierauf die Erklärung ab, er sei von Richter bedroht worden. Er müsse deshalb im Einverständnis mit dem Oberbürgermeister auf die Rotverordnung aufmerksam machen, die Aufrechterhaltung von Gewalttätigkeiten mit Gefängnis bestrafe.

St. A. Franke (Soz.) forderte Ausschluß Richters auf weitere fünf Sitzungen. Darüber soll jedoch erst der Vorstand beraten.

St. A. Paul (Dn.) legt die Aussprache über den Etat fort. Er kritisiert sehr scharf die Grundstückspolitik der Stadt. Der Stadtbaurat Dr. Wahl sei fast ausschließlich bei den Dresdner Werken beschäftigt. Jedoch gäbe das Unternehmen keine Vergütung an die Stadtkasse. Infolgedessen müsse diese Stelle eingezogen werden. Der

Oberbürgermeister habe bei seiner Wahl schriftlich zugesagt, sein Reichstagsmandat zur Verfügung zu stellen.

Er habe aber jetzt erneut eine Kandidatur zum Reichstag angenommen, obwohl Dresden zur Zeit keinen stellvertretenden Bürgermeister habe. Dr. Kula müßte sich entscheiden, ob er Abgeordneter oder Oberbürgermeister sein wolle.

Oberbürgermeister Dr. Kula erklärte, er habe kein Versprechen abgegeben und er habe niemals durch sein Mandat sein Amt vernachlässigt.

St. A. Paul liest aus einem Schreiben des Oberbürgermeisters die betreffende Stelle vor.

Die Stadtberatungen werden hierauf abgebrochen und auf Donnerstag vertagt.

Es werden sodann zwei Dringlichkeitsanträge beraten. Angenommen wird der kommunistische Antrag auf Fortsetzung der Rinderzählung während der Ferien. Ein sozialdemokratischer Antrag, die Reichstagsabstimmung nach Geschlechtern getrennt vorzunehmen, wird abgelehnt.

11 Uhr 55 Min. wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

— Kraftwagenverbindungen Dresden—Deutschheide—Brägl—Schwarzenberg. Die Staatliche Kraftwagenverkehrsleitung hat im Sommerfahrplan zusammen mit der Brägl-Strassenbahn-Gesellschaft eine Kraftwagenverbindung Dresden—Brägl hergestellt. Einfahrt ab Dresden über Freiberg (7.15 Uhr) oder über Frauenstein (7.30 Uhr), mittags nur über Frauenstein (11.10 Uhr). Im Sande treffen beide Verbindungen aufeinander und fahren mitten durch das Schwarzenberggebiet über Neubauten, Seiffen, Heilberg bis zur Reichsgrenze in Deutschheide. Ab hier erfolgt die Weiterfahrt im Wagen der Brägl-Strassenbahn-Gesellschaft über Hammer—Oschdorf. Ankunft in Brägl 11.15 Uhr, 12.30 Uhr. Rückfahrt ab Brägl 12.00, Ankunft in Dresden 12.15 Uhr. Der Rückfahrpreis Dresden—Brägl kostet 2,00 RM.

Bermischtes

Die Ehefrau hat Anrecht auf Entlohnung

Vor dem Berliner Arbeitsgericht wurde ein Urteil gefällt, das allgemein Interesse und Aufsehen erregen dürfte. Es wurde nämlich zum ersten Male die Frage, ob eine Ehefrau Anrecht auf Entlohnung habe, durch ein Gericht belehrt. Die geschiedene Frau eines Gastwirts hat ihren Mann auf Bewaltigung verklagt, und zwar nicht nur für ihre Arbeiten im Haushalt, sondern auch für ihre Tätigkeit als Gattin und Mutter. In der Verhandlung hat die Frau — wie sie vor Gericht erklärte — den großen Haushalt leiten müssen. Sie hatte allein alle Sorgen und Arbeit mit dem Kind, das ihrer Ehe entsprossen ist. Außerdem mußte sie sich noch um das Geschäft kümmern. Der Mann hat nur wenig an den Sorgen der Frau um Haus und Vermögen teilgenommen. Dafür hat er sie nach einigen Jahren der Ehe verlassen und sich seit dieser Zeit fast gar nicht mehr um sie und ihr gemeinsames Kind gekümmert. Dabei ist er ein vermögender Mann. Er hat also nur alle Vorteile der Ehe genossen und eine Arbeitskraft in der Ehefrau gehabt, für die er zu keiner Zeit etwas aufwendete. Aus diesem Grunde stellte die Frau den Antrag, jetzt nachträglich ihre Arbeit bezahlt zu erhalten. Nun ist nach der allgemeinen Anschauung des Volkes die Arbeit, die die Ehefrau im Haushalt und Geschäft leistet, nicht zu entlohnen, da die Frau für das Vermögen der eigenen Familie, also des Mannes, des Kindes und ihren eigenen Vorteil tätig ist. Sie ist die „Gefin“, und bei einer harmonischen Ehe ist es auch selbstverständlich, daß weder der Gatte noch die Ehefrau Ansprüche auf Entlohnung erheben werden, wenn nicht dabei steuerliche und andere rechtliche Nachteile sind. Diese allgemeine Anschauung der Gatten ist aber, wie das Gericht feststellte, nicht richtig. Nach dem Gesetz darf jede Arbeiterin Bezahlung für ihre Tätigkeit verlangen, denn jede Arbeitsleistung muß bezahlt werden. Diese Entscheidung ist um so bedeutungsvoller, als Paragraph 1368 des Bürgerlichen Gesetzbuches bestimmt, daß die Frau berechtigt und verpflichtet ist, das gemeinschaftliche Hauswesen zu leiten. Diese Umfassung umfaßt alle Anordnungen, die erforderlich sind, damit das Familienleben seinen regelmäßigen Gang nehmen kann. Falls der Frau das Recht verweigert oder entzogen wird, kann sie darauf klagen, ebenso steht dem Mann Klagerecht zu, wenn die Frau sich der Verpflichtung entzieht. Nach dem gleichen Paragraphen ist die Frau zu Arbeiten im Hauswesen und im Geschäft des Mannes verpflichtet, soweit eine solche Tätigkeit nach den Verhältnissen, in denen die Ehegatten leben, üblich ist. Damit ist offenbar nur die Pflicht der Frau selbst umschrieben. Nach dem Urteil des Arbeitsgerichts aber kann die Frau für diese ihr vom Gesetz auferlegten Pflichten und Dienstleistungen eine Bezahlung verlangen. Das Gericht verfuhr zuerst zwischen den Parteien eine gütliche Einigung herbeizuführen. Als diese aber an der Ablehnung des Mannes scheiterte, entschied das Gericht, daß der Gastwirt seiner ehemaligen Ehefrau für die ganze Zeit der Ehe dreihalf Mark je Monat zu zahlen habe, und zwar sowohl für die Arbeit, die sie im Haushalt, als auch für die, die sie im Geschäft des Mannes geleistet hatte. Die Summe von dreihalf Mark wurde deshalb festgesetzt, weil man bei der Entlohnung, die der Gastwirt seiner ehemaligen Ehefrau zu zahlen hatte, den Betrag abzieht, der ihm durch die Ausgaben für die Lagerin entstanden war, und die in Aufwendungen für Kleidung, Essen und Trinken bestanden, als die Ehe noch dauerte. Diese Aufwendungen darf der Mann von der Entlohnung, die er seiner Frau für ihre Arbeit schuldig ist, abziehen. Diese Entscheidung wird voraussichtlich zahlreiche andere Prozesse zur Folge haben, in denen Frauen in ähnlichen Fällen, d. h. nach der Ehescheidung, für ihre Arbeit im Haushalt und im Geschäft des Mannes Entlohnung verlangen werden.

Das Dorado des Geisterglaubens

Ein Rat für Englandreisende

Wer in England reist und seine Gastgeber nicht ganz genau kennt, sollte sich nicht erlauben, von übernatürlichen Dingen zu sprechen. Der Durchschnittsengländer bemerkt zwar in solchen Fällen kein unbedingtes Gesicht, aber mit den Augen wirkt er seinen Gästen bezeichnende Blicke zu. Der Fremde hat an ein Thema gerührt, das für ihn tabu sein sollte, wenn er nicht an okkulte Erscheinungen glaubt. Spiritismus in solchen Fragen wird ihm nicht so leicht verziehen. Er darf nicht lächeln, nicht einmal ein skeptisches Gesicht aufsetzen, wenn ihm der Gastgeber mitteilt, daß die Nachbarin, Frau Jones, allnächtlich den Besuch ihres verstorbenen Gatten empfängt, und daß Herr Smith, dessen Sohn in Fländern gefallen ist, selbsterleuchtet hat, daß seine Uhr im selben Augenblick stehenblieb. Herr Brown dagegen macht alljährlich am Tag der Schlacht von Trafalgar die Beobachtung, daß ein altes Familienbild von der Wand fällt; bei Trafalgar ist einer seiner Väter als Kanonier auf dem Admiralschiff Nelsons gefallen. Solche und ähnliche Erscheinungen werden dem Fremden, der in englischen Familien verkehrt, immer wieder aufgetischt; er tut gut daran, seine Zweifel für sich zu behalten.

Die englische Presse stellt ganze Spalten mit Erörterungen okkulten Fragen; ein dicker Klätter hat sich neuerlich sogar an die Vertreter der verschiedenen Kirchen gewandt, an die Methodisten, Anglikaner, Katholiken, Baptisten und andere, um ihre Ansicht über den Spiritismus zu erfahren. Bezeichnend für alle diese Ausprägungen ist die Jurisdiktion und Vorsicht, mit der sich die kirchlichen Würdenträger über Anschauungen ausdrücken, deren Gelehrten sie nicht verkennen, die sie aber nicht energisch zu bekämpfen wagen. Eine unbedingte Verurteilung wird von keinem der Betragten ausgesprochen. Die Kirche braucht kein Medium. Sie befriedigt auf sich selbst heraus alle spirituellen Bedürfnisse, erklärt Dr. Volrod, der anglikanische Bischof von Norwich. „Es ist noch zu früh, sich endgültig auszusprechen“, verleiht Dr. Aldgett von der Evangelischen Gemeinschaft. „Selen wir vorsichtig in unserem Verkehr mit den Toten“, erwidert der Präsident der Baptistenunion, Ellis. „Man darf den Spiritismus nicht ermutigen, denn das würde zu bedauerlichen Verirrungen führen, aber ehrliche wissenschaftliche Untersuchungen soll

Das lautlose Weltbad

Man ist auf Grund von manchen Beobachtungen und Rundfragen zu der Erkenntnis gekommen, daß der erholungsbedürftige Großstädter von heute

ein ausgesprochenes Bedürfnis für Rärmlosigkeit empfindet. Er will Ruhe, Stille, er will Urlaub von der Großstadt, auch was den Strahlenschein betrifft. Deshalb steht der Großstädter in vielen Fällen das kleine dem großen Bad vor, deshalb flüchtet er sich, wenn schon nicht in die vollständige Einsamkeit, so doch in die Stille.

Eine Reihe großer Weltbäder, durchaus nicht nur deutsche, sondern auch viele ausländische, haben sich deshalb vor einiger Zeit an

das Heinrich-Hepp-Institut für Schwingungsforschung in Berlin,

gewandt und um Entsendung von geschulten Antiklämpfgeräten gebeten.

Das Heinrich-Hepp-Institut hat sich mit seinen bahnbrechenden Rärmelungsversuchen in modernen Großstädten in wenigen Jahren einen Weltreputation geschaffen. Es hat den Rärm von Berlin, von Wien, London und New York gemessen und es hat darüber hinaus überall

praktische Vorschläge zur Rärminderung gemacht, die vielfach schon verwirklicht worden sind.

Das Heinrich-Hepp-Institut hat nun eine Antiklämpfbrigade in einige deutsche und außerdeutsche Weltbäder entsandt, alles erlernende,

mit Phonometern ausgerüstete Leute.

Mit diesen Phonometern wird die Anzahl der Phons, also der „Rärmheiten“, gemessen.

Zur Veranschaulichung sei hier angegeben, daß der durchschnittliche Strahlenschein in Berlin 95 bis 100 Phons beträgt, in Paris ungefähr 120. Schwerverträgliche haben errechnet, daß

erholungsbedürftige Nerven im allgemeinen nicht mehr als 70 Phons vertragen.

Das ist also damit zugleich die Norm für Weltbäder.

Die Rärmfachverständigen haben also sehr bald festgestellt, daß die meisten Weltbäder eine viel zu hohe Phonsiffer ausweisen. So muß man in einigen adriatischen

Bädern Rärmstufen, die den Vergleich mit jedem Großstadtgetöse ausbilden.

Vorangegangen in der Rärmekämpfung ist natürlich die Beseitigung der Rärmquellen. So hat man in einem bekannten westdeutschen Bad nicht nur

legales Autohupen innerhalb der eigentlichen Badezeit verboten,

sondern sogar eine Omnibuslinie verlegt. Man ist weiterhin dazu übergegangen, sogenannte

„Rärmzonen“

zu schaffen. Zone 1 ist die der höchsten Rärmlosigkeit, sie umfaßt vor allem die Sanatorien, die Kuranstalten, die Brunnenbetriebe und die Parkanlagen. Zone 2 erstreckt sich auf die großen Hotels, die Sportplätze und die Außenpromenaden und Zone 3 auf die weitere Umgebung mit den anliegenden Ausflugsorten. In der ersten Zone darf die Phonszahl auf keinen Fall 70 übersteigen, in der zweiten soll sie sich zwischen 70 und 80 bewegen.

In einigen dieser Bäder werden die günstigen Ergebnisse der Rärmekämpfung bereits propagandistisch ausgenutzt. In manchen Prospekten spielen bereits die getrimmten Phons; da rührt ein Bad, das

bei 65 Phons ein ungehöriger Schlaf und eine völlige Entspannung der Nerven gewährleistet

sei, dort weist eine Badeverwaltung nicht ohne Stolz darauf hin, daß jeder Gast ohne weiteres eine Rärmmessung beantragen könne, wenn seine Ansprüche an Ruhe und Rärmlosigkeit nicht voll erfüllt sein sollten.

Am besten wird natürlich der Badegast daran sein, der in einem kleinen Raffer ein eigenes, kleines Privatphonometer bei sich trägt und unauffällig seine Privatärmmessungen vornimmt. Wehe der Kurverwaltung, falls sie sich in ihren Versprechen um einige Phons geirrt haben sollte!

Da der Rärmekämpfungswettbewerb bereits beträchtliche Ausmaße angenommen hat, wird man an einigen Orten wohl bald dazu übergehen, in jedem Hotelzimmer ein Phonometer aufzustellen. Wenn Herr Z. P. aus Berlin also in der Nacht plötzlich aufwachen sollte, wird sein Blick sofort auf das Phonometer fallen. „Aha! 75 Phons! Und dabei soll man schlafen? Na, die können morgen von mir was erleben!“

man mit Aufmerksamkeit verfolgen“, erklärt Herbert Thurston, der katholische Priester. Der Sekretär einer Vereinigung spiritueller Prediger spricht sich dagegen rückhaltlos und unabweislich aus; für ihn ist die okkulte Praxis der Schließel zum Verständnis der Bibel; ohne ihn gibt es keine wirkliche Kenntnis der Religion, und die Priester haben keine zuverlässigeren Helfer als die Weibchen. Seit dem Kriege haben sich in England die Religionen zum Okkultismus verkehrt und eine gewisse Umwandlung von den anerkannten Religionsgemeinschaften zur Folge gehabt. Die Kirchen tragen dieser Entwicklung Rechnung, soweit es sich mit ihrer Grundanschauung nur vereinbaren läßt.

* Blutige Ehegräbde — die Frau mit dem Rasiermesser schwer verletzt. Ein blutiges Ehe-drama spielte sich im Bellevue-Park in Berlin ab. Dort hatte eine Zusammenkunft zwischen dem 37jährigen Lehrer Walter Diegel aus Wittenau und seiner von ihm getrennt lebenden Ehefrau R. D. i. h. stattgefunden, wo man sich auf Veranlassung des Ehemanns wieder versöhnen wollte. Die Frau weinerte sich aber, wieder mit Diegel zusammenzusetzen, und es kam zu erregten Auseinandersetzungen, die in Tätlichkeiten auszuarten drohten. Wütend zog dann der erregte Ehemann ein Rasiermesser aus der Tasche und brachte seiner Frau eine gefährliche Wunde an der linken Halsseite bei, worauf sie blutüberströmt zusammenbrach. Später kamen die zur Hilfe herbeigekommenen Polizeibeamten, die die Schwerverletzte in das Roabiter Krankenhaus brachten, und übergaben den Täter der Polizei, die ihn dem Präsidium zuführte. Der Zustand der Frau Diegel wird als lebensgefährlich bezeichnet.

* Zwei Schüler bei einer Bootsfahrt ertranken. Drei Oberprimaner unternahm eine Rudertour von Tilsit nach Plätschen. Bei der Ueberquerung des Kurischen Hafens schlug das Boot in einer Bö um. Während ein Primaner noch vier Stunden gerettet werden konnte, fehlt von den beiden anderen Schülern jede Spur, so daß man annimmt, daß sie ertrunken sind.

* Eine ungläubliche Diebstahlschere erlaubte sich eine Bande, die die Anlage der Gewerkschaft Handel und Industrie neben der Pfannenberger Einheits-Grube für ein Tag vollkommene Kontrolle. Die Anlage liegt schon geraume Zeit still. Ein Zeitungsbericht erhaltener aus Adin, der die Demontage beobachtete, fragte bei der Pfannenberger Gewerkschaft an, die aber von einem Abbruch nichts wußte. Es wurden sofort Landräger und die Bergamtsinspektion alarmiert, worauf sich ergab, daß die Beteiligten Stahlwerke, die einen Teil der Ruxe von Handel und Industrie besaßen, ebenfalls nichts von einem Abbruch wußten. Da die Diebe anscheinend Lunte rochen, gaben sie die weiteren Arbeiten auf. Mit welcher Unerschrockenheit zu Werke gegangen wurde, ergibt sich daraus, daß am betreffenden Tage der hohe eiserne Schornstein der Anlage fast und fastgemäht niedergelegt worden war. Sämtliche Eisensteile, Fensterrahmen usw. waren fein säublich verpackt und teilweise bereits durch Kraftwagen abtransportiert. Die Ortseinwohner von Salsendorf hatten angenommen, daß es sich um einen in Auftrag gegebenen Abbruch handelte.

* Krawall an einer Fiskalärzte gestorben. Einem besonders tragischen Schicksal ist die Frau des praktischen Arztes Dr. Rütke in Schönlingen in Braunschweig zum Opfer gefallen. Sie hatte Pfundern gegessen und dabei eine Gräde mit heruntergeschluckt. Es stülten sich Magenbeschwerden ein, so daß Frau Dr. Rütke ins Heimstetzer Krankenhaus

übergeführt werden mußte. Bei einer sofort vorgenommenen Operation stellte sich heraus, daß die Fischgräte die Magenwände durchstochen und verletzt hatte. Nachdem bereits eine leichte Besserung bei der Patientin zu verzeichnen war, trat unerwartet der Tod infolge Vergiftung ein.

* 50 Schafe vom Blitz erschlagen. Ein über das Elsaßland niederziehendes Gewitter suchte die Schafherde des Landwirts Korten aus Weppen auf der Weide beim. Der Schäfer versuchte, bei den starken Blitz- und Donnerlärm die Tiere zusammenzuführen. Diese suchten unter einem Baume auf der Weide Schutz. In den Baum schlug der Blitz und tötete auf der Stelle 50 Schafe. Die durch ein Wunder blieb der Schäfer selbst unverletzt.

* Beim Fallschirmabspornung tödlich verunglückt. Bei einer Flugveranstaltung in Dübendorf (Schweiz) wollte ein Techniker aus einem Flugzeug mit dem Fallschirm abspornen. Der Mann verlor sich beim Abprung in der Abzweigung, die sich. Der Fallschirm öffnete sich daher nicht, und der Techniker stürzte aus etwa 850 Meter Höhe zu Boden und blieb mit schwermeterten Gliedern tot liegen.

* Drei Tote bei einem Fallschirmunglück. Zwischen Rastatt und Schwaderloch auf schweizerischem Gebiet ereignete sich auf dem Rhein ein schweres Fallschirmunglück. Vom Ufer aus sah man mitten im Rhein ein gekentertes Fallschirmboot treiben, an dem sich drei junge Männer festhielten, die langsam in den Fluten verlanten. Hilfeleistung war unmöglich. Man muß annehmen, daß die drei Insassen ertrunken sind. Ihre Identität steht noch nicht fest.

* Rumänische Leptra-Kranke revoltieren. Aus dem Leptra-Kranken in Cirpileski brachen die dort untergebrachten Leptra-Kranken in der letzten Nacht aus und tauchten in der kleinen rumänischen Stadt Haccia auf, wo ihr Erscheinen eine Panik auslöste. Alle waren in Lumpen gekleidet und halb verhungert. Sie gaben an, daß der Lagerarzt vor einem Monat nach Bukarest gefahren sei, um Geld und Lebensmittel zu holen, aber nicht zurückgekehrt sei. Die alarmierte Polizei trieb die Kranken zusammen und transportierte sie ins Lager zurück.

* Zehrerennen in Rastatt. Rastatt ist um eine Senation reicher: Ein Zehrerennen, das am vergangenen Sonntag stattfand. Es stellte sich heraus, daß auch, abgesehen von der Färbung, die größten Unterschiede zwischen Pferd und Zebra bestanden. Nur mit Mühe war es einigen besonders hartgesonnenen Reitern gelungen, die Tiere einzurichten. Auch der Start klappte einermäßen, und elf von den 12 Zebra kamen glatt los. Raum aber hatten sie einige Meter zurückgelegt, als das temperamentevolle Geschrei der Zuschauer sie vollkommen verwandelte: sie bockten, schlugen um sich, brachen nach allen Seiten aus, und nur einem einzigen Reiter gelang es, sein Tier nach einhalbhändigem (!) Bemühen bis zum Ziel zu bringen. Eine Wiederholung wird nicht stattfinden.

* Immer vergesslich. Herr Meier ist mit seiner jungen Frau ins Seebad gefahren. Am ersten Tage ihres Aufenthalts suchte sie die Badeanstalt auf. Nach einer Stunde erscheint die junge Frau Meier in einem gelben Badekostüm, das ihrem Gatten jedoch etwas dürrig erscheint. Er mußert sie erschräkt von oben bis unten und sagt dann: „Aber, liebe Elfe, ich weiß nicht, es sieht so aus, als ob du irgend etwas an deinem Kostüm vergessen hast.“ Darauf bezieht sich Frau Elfe eingehend im Spiegel und sagt: „Aber Gott, du hast natürlich recht! In meiner Bekleidungszeit habe ich wieder die Öhringe vergessen!“

Advertisement for Tosca-Compact No. 4711. The ad features two women's faces in profile, one on the left and one on the right, both looking towards the center. Between them is a circular logo with the number '4711'. The text is arranged around the logo and faces. On the left, it says 'So zart und fein — so wundervoll gepflegt und frisch wirkt Ihr Teint, wenn 4711 Tosca-Compact ihn verschönt. Entzückend ist die Blau-Gold-Aufmachung dieses hochwertigen Qualitäts-Puders. Ebenso zuverlässig ist 4711 Flach-Compact, dessen handlich praktisches Format für den täglichen Gebrauch bestimmt ist. — Beide 4711 Compact-Puder haben leicht auszuwechselnde Einsätze; beide sind in 12 sorgfältig abgestimmten Farbnuancen erhältlich, darunter Brunette und Sonnenbraun — die beliebten Schattierungen für den sportlich sommerlichen Teint.' On the right, it says 'täglichem Gebrauch bestimmt ist. — Beide 4711 Compact-Puder haben leicht auszuwechselnde Einsätze; beide sind in 12 sorgfältig abgestimmten Farbnuancen erhältlich, darunter Brunette und Sonnenbraun — die beliebten Schattierungen für den sportlich sommerlichen Teint.' At the bottom, it says 'Blau-Gold Dose M 180 Ersatzfüllung N-99' and 'Spiegel-Dose M 1. Ersatzfüllung M-70'.

Börsen- und Handelsteil

Verbandsrat der Vereine Kreditreform Kunstgewerbe, Wirtschaftsteil und Notverordnung

Die Tatsache, daß die Wirtschaft infolge des rapiden Umlaufrückganges anfängt, sich bei der Auskunftsbeholdung Beschränkungen aufzuerheben, wenn es sich um kleinere Kreditinstitute mit geringem Nutzen handelt, veranlaßt den Verbandsrat der Vereine Kreditreform, der dieser Tage in Dampeln zusammengetreten war, zur Prüfung der Frage, ob sich durch Einführung einer neuen Auskunftsform eine Verbilligung der Auskünfte erreichen und der Wirtschaft hierdurch die Wohlthat einer Milderung für einen größeren Kreis von Geschäften erwideln lasse. Nach sehr erfrucht Beratung kam man aber zu dem Ergebnis, daß man hierdurch niemand nützen würde, weil es nicht auf die Länge einer Auskunft, sondern auf die ihr zu Grunde liegenden Erfindungen ankommt und weil es nicht verantwortet werden kann, bei der heutigen außerordentlichen Kreditunsicherheit an dem Erfindungsdiens zu sparen. Die heute bereits bestehenden Preise reichen kaum aus, um die nötigsten Kosten für eine sorgfältige Auskunft zu decken.

Außer dieser und einigen anderen Fragen innerer Natur hatte der Verbandsrat Veranlassung, sich mit einer Bestimmung der Notverordnung vom 14. Juni zu beschäftigen, die für die Umlauf in die amtlichen Schuldenregister eine Gebühr von 50 Pf. und für die Erstellung einer amtlichen Auskunft hieraus eine solche von 1 Reichsmark vorsieht. Da nämlich die Vereine Kreditreform im Rahmen ihres Erfindungsdiens regelmäßig das gesamte Material dieser Akten über geleistete Offenbarungseide, Darlehens zum Zwecke des Offenbarungseides und über abgelehnte Konfursanträge ihren Akten einordnen, so würde es ganz untragbar sein, wenn sie sämtlich neu neu wären, für jeden Namen 50 Pf. oder gar 1 Reichsmark zu bezahlen. Es ist zu berücksichtigen, daß das Material für die Millionen geht. Die Folge wäre also entweder eine sehr starke Erhöhung der Auskunftspreise oder ein Verzicht auf dies überaus wertvolle Material gewesen. Das eine wie das andere hätte die schweren Nachteile für die ganze Wirtschaft bedeutet. Um so erfreulicher ist es, daß in der Zwischenzeit bereits eine authentische Auslegung des Reichsjustizministeriums ergangen ist, wonach bisherige Pauschalgebühren des Schuldnermaterials nicht unter die Notverordnung fallen. Die Verordnung will nur den Fall treffen, daß sich ein Geschäftsmann über einzelne bestimmte bezeichnete Personen bei dem Registeramt erkundigt. Wo aber Auskunfts-Instituten oder anderen Organisationen die regelmäßige Einsicht des gesamten Schuldnermaterials bisher gestattet gewesen ist oder wo ihnen von dem Registeramt dieses Material zugestanden ist, finden die neuen Gebührensätze der Notverordnung keine Anwendung.

Die wirtschaftliche Lage des Handwerks im Juni

Nach dem Bericht der Geschäftsstelle des Deutschen Handwerks und Gewerbesammtverbandes hat sich die Gesamtlage des deutschen Handwerks im Juni nicht gebessert. Selbst in den Außenberufen, also den eigentlichen Saisonberufen, hat sich die Beschäftigung nicht in nennenswertem Maße gehoben. Die Bauaktivität liegt nahezu vollständig niedriger. Wesentliche Bauaufträge werden, da die geltenden zur Verfügung stehenden Mittel für Wohlfahrtszwecke gebraucht werden, überhaupt nicht erteilt, und auch von Privatseite gehen Aufträge infolge der Schwierigkeiten auf dem Kapitalmarkt und der Ungewißheit über die weitere Entwicklung der Wirtschaft nur in sehr geringem Maße ein. Die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter wird im Durchschnitt auf etwa 85 v. D. geschätzt.

Sowohl die Bekleidungsindustrie, denen die Reisezeit sonst vermehrte Aufträge zu bringen pflegt, als auch das Sattlerhandwerk, dessen Verkaufsgeschäft um diese Jahreszeit sonst lebhaft war, berichten, daß die Geschäftsbildung kaum spürbar war. Im Dolanerwerbe droht das Geschäft völlig im Stocken zu geraten. Nicht einmal in den landwirtschaftlichen Gegenden, wo durch die Vermehrung der Viehbestände die Wirtschaft eine Vermehrung der Aufträge zu erwarten war, sind Reparaturarbeiten in nennenswertem Umfang in Auftrag gegeben worden. Auch die metallverarbeitenden Handwerke berichten, daß eine beinahe völlige Geschäftslähmung bei ihnen herrscht. Die ungeheure Ausdehnung der Schwarzarbeit bedeutet nach wie vor ein starkes Demnis für die Entwicklung der Handwerkswirtschaft. Die Beteiligung der Umsatzsteuererträge von 5000 Reichsmark ist durchaus geclant, dem Handwerk in erheblichem Umfang seine Lage zu erschweren. Dazu kommen die Klagen über die unerträglich hohen Beiträge des Handwerks zu den Berufsversicherungen. Die Zahl der Konkurse sowie der gerichtlichen und außergerichtlichen Vergleichsverfahren ist ständig im Zunehmen begriffen.

Umläufe in deutschen Warenhäusern im Mai

Die Umläufe in deutschen Waren- und Kaufhäusern sind, wie der „Reichsbank“ für Waren- und Kaufhäuser“ vom Institut für Konjunkturforschung mitgeteilt wird, vom April zum Mai zwar saisonmäßig angehtiegen, doch war diese Belebung infolge des immer stärker werdenden konjunkturellen Druckes außerordentlich schwach. Der konjunkturelle Rückgang, der in den beiden letzten Berichtsmonaten März und April durch die veränderte Lage des Überflusses beim Vorjahresvergleich teilweise verdeckt wurde, ist nunmehr wieder in ganzer Schärfe in Erscheinung getreten; denn das Umlaufgeschäft hat sich in beiden Jahren im gleichen Monat abgelebt. Die Warenhausumsätze blieben im Mai um 26,7% unter Vorjahreshöhe, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß im Vorjahr die Ratumsätze — in der Hauptphase infolge günstigen Wetters — recht gut waren. Im ganzen ist aber der Schluss gerechtfertigt, daß die Warenhausumsätze im vergangenen Mai — ebenso wie die des gesamten Einzelhandels — einen konjunkturellen Tiefstand erreicht haben, wie er bislang noch nicht zu verzeichnen war. Für das Schrumpfen des Verbrauchs, d. h. der Einzelhandelsumsätze, ist vorläufig noch kein Ende abzusehen.

Der konjunkturelle Druck wurde bis Ende 1931 im wesentlichen durch Preissteigerung und Ueberhang an geringeren Qualitäten aufgefangen. Die nach diesen beiden Richtungen vorhandenen Möglichkeiten sind teils erschöpft, teils reichen sie nicht mehr aus, um die weitere Einkommensschwächung zu kompensieren, so daß nunmehr in steigendem Maße der Rückgang des wertmäßigen Umlaufes durch Mengenrückfälle zu erklären ist, ein Vorgang, der einen verstärkten Druck auf die Kosten und die Lagerhaltung des Einzelhandels bedingt und weiterhin die Beschäftigungsmöglichkeiten der vorgelagerten Verbrauchsgüterindustrien einengt. Für das Schrumpfen des mengenmäßigen Umlaufes der Warenhäuser läßt sich ein Anhaltspunkt gewinnen, wenn man den Rückgang des Umlaufes mit dem der Preise vergleicht. Dabei sind die Preisbewegungen nach der Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten, Gruppe Ernährung und Bekleidung, be-

Der Rhythmus der Arbeitslosigkeit in Europa

Ziemlich gleichbleibende Kurve in Deutschland — Starkes Ansteigen der Ziffern in Frankreich und Belgien — Großbritannien aus der wachsenden Krise abgezweigt

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Ländern während der letzten Monate hebt sich sehr unterschiedlich von dem Verlauf im vorigen Jahre ab. An der Spitze rangiert unter den Staaten Europas nach wie vor Deutschland,

dessen Beschäftigungslosenziffer 5,6 Millionen Personen umfaßt. Hier hat sich in dem Rhythmus der letzten Jahre nur wenig geändert. Die Saisonbelebung im Frühjahr vermag den Zuwachs des jeweils vorangegangenen Winters niemals voll zu überwinden, so daß während der letzten fünf Jahre eine fast gleichmäßige Steigerung in der Arbeitslosigkeit zu erkennen ist.

Ein anderes Bild bietet seit dem letzten Herbst England.

Nach vorangegangener kontinuierlicher Steigerung der Arbeitslosenziffer ist seit dem Oktober 1931 eine Stagnation eingetreten. Nur der Januar d. J. überstieg mit 2,35 Millionen Beschäftigungslosen noch leicht das Oktoberergebnis (2,31 Millionen). Seitdem ist eine deutliche Entlastung eingetreten. Die Märziffer umfaßt nur noch 2,10 Millionen Personen. Wenn auch durch die Währungsdevaluierung und die Aufkündigung der prohibitiven Zollmauern für England keine Sonderkonjunktur geschaffen werden konnte, so zeigt doch die Arbeitslosenentwicklung, daß die englische Wirtschaft wenigstens von der allgemeinen wachsenden Weltkrise abgezweigt werden konnte.

Weniger Glück mit dem Währungsdeperiment haben die nordischen Staaten

gehabt, wenigstens soweit es sich um die Beschäftigungslosigkeit handelt. Schweden weist im Mai rund 90 000 Arbeitslose auf gegenüber 40 000 im gleichen Monat des Vorjahres. In Dänemark ist zwar gegenüber den Wintermonaten eine Besserung eingetreten, immerhin sind auch hier gegenwärtig mit 85 000 Arbeitslosen die Vorjahresziffern

rechnet worden. Der Vergleich von Umsatz- und Preisbewegung zeigt, daß sich die Differenz zwischen Preisrückgang und Umlaufrückgang, die als wichtiges Symptom der Mengenbewegung zu werten ist, vergrößert hat. Auf die gleiche Situation darf zweifellos auch in den übrigen Warengruppen geschlossen werden, für die keine Preisreihen zur Verfügung stehen.

Zum Zusammenbruch des Kupfer-Kartells

Der jetzt erfolgte Verfall des internationalen Kupferkartells bietet keine Ueberraschung mehr, nachdem man seit mehreren Monaten bereits mit der völligen Auflösung des Verbandes rechnete und es im März nach den langen Verhandlungen in Neuport nur mit großer Mühe gelang, die Katanga-Gruppe und die rhodesischen Erzeuger vor dem Austritt zurückzuhalten. Mit der Einführung des amerikanischen Kupferzollgesetzes ist zweifellos das erste Anzeichen einer völligen Strukturwandlung in der gesamten Kupferwirtschaft eingetreten, und nachdem sich auch die Engländer durch die Gründung eines eigenen Nationalunternehmens selbständig gemacht haben, besteht eigentlich für das Kartell wenig Raum zur geschäftlichen Entfaltung bzw. sind die eigentlichen Gründe des Zusammenbruchs hinlänglich.

Als im Jahre 1926 nach sehr langen Verhandlungen das Kartell auf Anregung der Amerikaner gegründet wurde, wollte man unter Ausschaltung der Spekulation eine stabile Kupferwirtschaft mit Preis- und Produktionskontrolle schaffen. Zweifellos ist es in den ersten Jahren seiner Tätigkeit dem Verbandsziel gelungen, eine Marktkontrolle zu schaffen, die dem Programm entsprach, aber in der letzten Zeit, eigentlich schon seit dem Frühjahr 1930, wurden die Schwierigkeiten immer größer und die Marktkontrolle des Kartells verlor von Monat zu Monat an Bedeutung. In der Zeit vom 20. Mai bis zum Schluss des Berichts wurden zwar formal die Preisfestsetzungen ohne Veränderung mit 6,50 Centis für das Sonderkontingent und 6,25 Centis offiziell festgelegt, ohne daß diese Preise aber einen wirklichen Wert hatten. Dauern ist das Kartell im In- und Ausland unterboten worden, so daß allein schon von der Marktbeherrschung aus betrachtet, der Produzenten-Verband die Kontrolle ausübte, die ihm nach den Statuten des Kartells zuzufallen. Von entscheidender Bedeutung aber war die aktive Politik der Amerikaner, die zweifellos den Schritt der Engländer und die jetzt erfolgten Austrittserklärungen zur Folge hatte. Es ist beabsichtigt, eine neue Organisation von den nicht-amerikanischen Erzeugern aufzustellen.

Nach Informationen des DGB, haben sich von den deutschen Kupfererzeugern die Metallgesellschaft A.G., Frankfurt a. M., und die Erze und Metalle Dirsch A.G., die Nachfolgerin der Aron Dirsch & Sohn A.G., ebenfalls entschlossen, ihren Austritt aus dem internationalen Kupferkartell zu erklären. Hiermit sind fast alle Kartellmitglieder ausgeschieden, zumal bereits die Union Minière du Haut Katanga und das Londoner Metallhandelshaus Henry Gardner & Co., ihre Zugehörigkeit zum Kartell gekündigt hatten.

Rüsterwerke AG., Berlin

Die Bilanzberichtigung
Nach dem Geschäftsbericht der Gesellschaft, die ihrer ordentlichen Hauptversammlung am 12. Juli die

Überprüfung des Grundkapitals
vom zur Zeit 80 auf 27,8 Mill. Reichsmark durch Eingiebung von 5,5 Mill. Reichsmark und von 8 Mill. Reichsmark zu 25% eingezahlten Stammaktien unter Aufhebung der Einzahlungsverpflichtung von 8 Mill. Reichsmark sowie durch Zusammenlegung der 8 Mill. Reichsmark Namensaktien im Verhältnis von 4:3, Übertragung des Vermögensbeitrages der verbleibenden 57,3 Mill. Reichsmark Stammaktien im Verhältnis von 2:1 und durch weitere Übertragung des sich dann ergebenden Kapitals von 84,75 auf 27,8 Mill. Reichsmark zwecks Barausstattung von 20% an die Aktionäre vorschlägt, erzielte 1931 einen Bruttogewinn von 1 554 044 (5 652 565) Reichsmark, dem Steuern von 1 792 457 (1 768 429) Reichsmark und Abschreibungen auf Anlagen von 2 020 297 (2 203 185) Reichsmark gegenüberstehen. Zur Vornahme von Wertberichtigungen bei Warenbeständen in Höhe von 3 206 888 Reichsmark wird der Gewinnvortrag mit 1 640 149 (128 185) Reichsmark und der Buchgewinn aus der Eingiebung eigener Aktien mit

Reichsbankzinslage

seit 26. April 1932
Wechselzinsfuß 5%
Kontokorrentzinsfuß 6%

(80 000) mindestens verdoppelt. Auch Norwegen weist 80 000 Arbeitslose auf gegenüber 35 000 im Mai v. J.

Eine wesentliche Verschlechterung ist in Frankreich zu beobachten,

dem Lande, das lange Zeit hindurch als „Konjunkturinsel“ gegolten hatte. Hier breitet sich die Krise jetzt nachträglich mit Riesenschritten aus. Die Zahl der Beschäftigungslosen, die im Mai des verflochtenen Jahres nur 57 000 Personen betrug, stieg bis zum Mai 1932 eine Summe auf 840 000 Personen, d. h. rund das Sechsfache der Vorjahresziffer. Steigende Beschäftigungslosigkeit hat auch

Belgien

zu beklagen, das seinen Bestand von 56 000 in 1931 auf 158 000 im Mai d. J. vermehren mußte. Ebenso haben sich in

Norwegen

die Arbeitsverhältnisse sehr eingengt, so daß die Zahl der Feiernden von 60 000 auf 145 000 anwuchs. Eine beachtliche Stabilität weist hingegen Polen auf. Dort waren im Mai v. J. rund 800 000 Beschäftigungslose gemeldet, im gleichen Monat d. J. waren es 800 000 Personen.

Arbeitslosigkeit in den wichtigsten Staaten Europas (in 1000 Personen):

	Mai 1931	Januar 1932	Mai 1932
Deutschland	4058	6041	5583
Belgien	56	154	158
Dänemark	86	108	85
Frankreich	57	279	840
Großbritannien	2020	2954	2197
Italien	686	1061	1000
Norwegen	25	85	86
Niederlande	60	158	145
Polen	800	838	809
Schweden	49	98	96

8 086 444 Reichsmark unter gleichzeitiger Tilgung des Betriebsverlufes herangezogen.

Angesichts der ungünstigen Lage des Baumarktes und der schwierigen Lage der Landwirtschaft, von der die Dängerbetriebe der Gesellschaft stark berührt wurden, sowie angesichts der Währungsmaßnahmen des Auslandes und der Währungsbeschwerden in verschiedenen Ländern gingen die Erlöse weiter zurück. Ein Ausgleich durch Kostensenkung war nur in ungenügendem Ausmaße möglich.

In der Bilanz

kommt zunächst nur die Erhöhung des Kapitals auf 79,5 Mill. Reichsmark durch Eingiebung der 6,5 Mill. Reichsmark eigenen Stammaktien zum Ausdruck. Die darüber hinausgehende Umlaufung des Kapitals wird erst in der Bilanz 1932 in Erscheinung treten. Weiter erscheinen (in Millionen Reichsmark): Anlagen 28,4 (29,58), Beteiligungen 24,28 (23,62), Waren 6,35 (12,27), Bankguthaben 18,61 (2,89), Schulden 6,22 (9,0), Forderungen an Tochtergesellschaften usw. 2,78 (2,94), andererseits Schulden an Tochtergesellschaften usw. 2,15 (1,98), Gläubiger 8,47 (4,52) und Rücklage unverändert 8,47.

Reichsverband deutscher Bauvereine e. V., Berlin

Nach dem in der diesjährigen Hauptversammlung des Reichsverbandes, die in den Tagen vom 28. bis 30. Juni stattfand, erhaltene Jahresbericht gehörten dem Reichsverband am 1. Januar 1931 20 Bauvereine an. 22 wurden im Laufe des Jahres neu aufgenommen, während 4 ausstiegen, so daß der Verband am 31. Dezember 1931 38 Bauvereine als Mitglieder zählte. Hinsichtlich des Verhältnisses zwischen öffentlichen und privaten Bauvereinen bemerkt der Bericht u. a., daß dieses im allgemeinen kein gutes war. Der Konkurrenzkampf wurde zum Teil in sehr starker Form geführt. Es ist jedoch zu prüfen, ob nicht jetzt die Zeit gekommen ist, ähnlich wie im Versicherungsweesen auch zwischen den privaten und öffentlichen Bauvereinen einen Waffenstillstand zu schließen und einen Weg zu suchen, auf dem öffentliche Sparkassen und private Bauvereine in friedlichem Wettbewerb nebeneinander arbeiten können. In einer im Anschluß an die Hauptversammlung abgehaltenen öffentlichen Rundgebung für den Bauvereinsverband, Dr. Wagelaar, einen Vortrag über die Aufgaben und Wege der privaten Bauvereine. Er wies u. a. darauf hin, daß sich die Tätigkeit des Reichsaufsichtsamtes bisher darauf beschränkt habe, unzulässigen Bauvereine den Betrieb zu unterlegen, während bisher noch in seinem Hause die gesetzlich vorgeschriebene Zulassung erteilt wurde, abgesehen von den Fällen, die kraft Gesetzes ausgeschlossen waren. Es sei unbedingt erforderlich, daß nunmehr durch das Reichsaufsichtsamte die Zulassung der guten und soliden Bauvereine erfolge.

Staatstand im Deutschen Reich Anfang Juli

Die vorherrschend trübe und leichte Juniwitterung war für das Wachstum der Feldbestände weiterhin im großen und ganzen günstig. Der Stand des Wintergetreides wird im allgemeinen als befriedigend beurteilt. Auch die Sommerernte haben sich im allgemeinen weiter zu entwickeln. Die Entmischung der Getreide weist im allgemeinen gleichfalls gute Fortschritte auf. Kartoffeln und Rüben zeigen ein normales Wachstum. Der Ertrag der Getreide wird sowohl quantitativ wie qualitativ als befriedigend beurteilt.

Berliner Schluss- und Nachbörse vom 4. Juli

Privatdiskont 4,75%
Im Verlaufe der Börse wurde weiter fest. Nur Braunkohlenmarkt ließen sich Abwärtsbewegungen beobachten. Am Montanaktienmarkt stiegen Rheinische auf 48,5, Bechthold auf 28 (26,25) und Erdöl auf 87,125 (86,875). Deutsche Vinolium verloren dagegen gegen Anfang 3%. Elektrizitätsgesellschaften stiegen weiter an. Gade 188 (176), Befula 87 (83,5). Rheinische Braunkohlen erhöhten ihren Gewinn auf 6, Sapag gingen mit 12,25 nach 10,75 um, Lloyd mit 12,5 nach 11 und Reichsbank stiegen auf 128,75 (126). Renten lagen weiter fest. Reichsrente 4,20, Mittelrente 4,15. Pfandbriefe gewannen durchschnittlich 2%. Reichsschuldensicherungen wurden 1,5 bis 1,75% höher bewertet. Kommunalanleihen gewannen 2 bis 3%. Die Börse schloß zu den höchsten Tageskursen. Nach 5 Uhr 30 hörte man J. W. Farben 91 G., Reichsbank 120,25, Siemens 121,5, Mannesmann 40,5, Harpener 52,5. Reichsschuldensicherungen notierten wie folgt: 1938er 90,125 bis 91,025, 1940er 87,875, 1945er bis 1948er 51,87 bis 58,02.

Der Kallamarkt tendierte ausgesprochen fest. Nur Sturmgalaxielegel ermaßigten sich auf Realisationen der Mittläufer noch um 1,25%. Auch Mimosa verloren 1,25 und Transradio 1%. Dagegen gewannen Wanderer 2, Dorimunder Aktienbrauerei 1, J. W. Chemie Bafel auf die Wardenheigerung 1,5, Siegerdorfer Werke 1,25, Brauhaus Nürnberg 2,25, Anhalter Rollen 2,75 und Chemische Schuster 0,5%.

Zurufen / Sport / Wandern



Das große Reitturnier des Dresdner Reitvereins in der Ilgen-Kampfbahn. Die Musik kommt. Reiterregiment 12 mit Musikmeister Gebbe. Im Vordergrund des Bildes drei Pauker.



Von den Deutschen Schwimm-Meisterschaften in Dresden. Der neue Deutsche Meister im 100-Meter-Kraul-Schwimmen Detrich (Sparta Köln) im Beisein der übrigen Konkurrenten. Detrich ganz vorn.

Deutschlands Leichtathleten für Los Angeles 16 Männer und 5 Frauen

Auf Grund der Ergebnisse der Deutschen Leichtathletik-Meisterschaften wurde die Mannschaft aufgestellt, die Deutschlands Farben in Los Angeles vertreten soll. Die Mannschaft soll unter Führung von Dr. Karl von Halt und Reichstrainer Walter Heben. Als dritter Begleiter wird sich der Münchner Müller einfinden, der vom Olympischen Ausschuss als Starter berufen wurde.

- Männer**
- 100 Meter: Jomath (Dachau), Borchmeyer (Dachau), Böhm (Charlottenburg), Seering (Frankfurt), Erich: Oertel (Magen).
 - 200 Meter: Wehner (Frankfurt a. M.), Böhner (Elsdorf), Rebb (Stuttgart), Dr. Felzer (Stein), Erich: Borchmeyer (Dachau).
 - 400 Meter: Spring (Wittenberg).
 - 800 Meter: Girsfeld (Wandsb.), Sievert (Wandsb.).
 - 1000 Meter: Sievert (Wandsb.).
 - 1500 Meter: de Bruin (Kempen).
 - 5000 Meter: Weimann (Elsdorf).
 - 10000 Meter: Gähnel (Erfurt), Sievert (Wandsb.).
- Frauen**
- 100 Meter: Dollinger (Harnberg).
 - 200 Meter: Wehner (Frankfurt), Ellen Braumüller (Berlin).
 - 400 Meter: Wehner, E. Braumüller, Heublein (Garmen).
 - 800 Meter: Rott (Grafenberg).
- Alle sämtliche Aktive kommen aus dem Lager der DSB, während die Deutsche Turnerstaffel nur zwei Vertreter in der Mannschaft hat: den Langstreckler Spring und die Hochspringerin Rott.

Sportspiegel

Schweizer Fußballmeister wurde Lausanne Sports bei dem in Bern ausgetragenen Wiederholungsspiel durch einen 5:2-Sieg über den FC. Zürich.

Wieder gewann Berlin den Dreistädter-Mäxler, der diesmal in Budapest ausgetragen wurde. Der Berliner FC als Vertreter Berlins siegte in 8:11,7 vor Pannonia Budapest 6:12,1 und Via Wien. Der Berliner FC gewann außerdem den Gedensackler gegen die gleichen Gegner.

Einen Todessturz gab es auf dem Rürup-Ring bei der Austragung des zweiten Laufes um die Westdeutsche Kraftfahr-Meisterschaft. Grindel aus Imperia erlitt bei einem Sturz einen Schädelbruch, an dessen Folgen er verstarb.

Das 24. Turnier des Kreises Nordhain der DZ. in Marienwerder wurde zu einer erbebenden Grenzlandfundeubung. Viele Hunderte von Teilnehmern waren zu Fuß oder zu Rad aus den entferntesten Gegenden Ostpreußens, der Grenzmark und Danzigs gekommen. Für den Vorstand der DZ. überbrachte der dritte Vorsitzende Dr. Thieme die Grüße.

Pferdesport

Renner vom 4. Juli

Eigene Drahtmeldung

Ze Tremblon. 1. Rennen. 1. Soartlisme (R. Gabel), 2. Capocabana, 3. Vecher Meiba. Bau: 50:10, 10:10, 14:10. Rängen: 6, 14, 2. Ferner: Kmenes, Deubowitz, Genoise, Kharold, Borraf, Nordant, Sogeur, Goursande. — 2. Rennen. 1. Spidant Spon (R. Rosen), 2. Briambourg, 3. Rouyon. Bau: 50:10, 10:10, 41, 10:10. Rängen: 3, 14, 5. Ferner: Brimbelle, Tolla Guris, Rde. d'Araganon, Deuereand, Davon, Diner, Abbotts River, 8. Rennen. 1. La Gire (G. Elliot), 2. Elldas IV, 3. Kaloello. Bau: 48:10, 10:10, 27, 41:10. Rängen: 1, 2, 24. Ferner: Sid us, Ganton Gille, Truotte, Amour Secret, Trentino, Rahn, Durance, Diaboleau, Saint Efflam. — 4. Rennen. 1. Pouvain (G. Durance), 2. Verallé, 3. Gerular II. Bau: 64:10, 10:10, 15:10. Rängen: 6, 2. Ferner: Dboric. — 5. Rennen. 1. Reuillais (A. Gaiton), 2. Epine Verie, 3. Belle Epine. Bau: 147:10, 10:10, 15, 21:10. Rängen: 6, 14, 14. Ferner: Takulab, Louis Voupre, Gaud Vonne, Joan el Arc, Griffe, Gatenold, La Solpide, Trimalte. — 6. Rennen. 1. Belle Aude (R. Rosen), 2. De Draffe, 3. Red Champion. Bau: 34:10, 10:10, 14, 25, 10:10. Rängen: 3, 2, 2. Ferner: Reluine, Geraut d'Armes, Raibendead, Camelote, La Navotte.

Vorauslagen für Dienstag, 5. Juli

Bad Oeynburg

1. Rennen: Barber, Rosen. 2. Rennen: Verademaria, Ma. 3. Rennen: Praso, J. v. D. 4. Rennen: Trumpfball, Rose Kelle. 5. Rennen: Reichspoliz. 6. Rennen: Zeis, Rahligal. 7. Rennen: Rejtschel, Sandharm.

Compiègne

1. Rennen: Cosbor, Doris. 2. Rennen: Mademoiselle, Stille Plage. 3. Rennen: Premier Penker, La Contarine. 4. Rennen: St. Monseon. 5. Rennen: Whop, Rediet. 6. Rennen: Sereno, Sanka.

Die Reichsbahn-Bundesmeisterschaft

Brand (Bremen) siegt im Endspurt

Der Bund Deutscher Reichsbahn-Turn- und Sportvereine brachte auf der Strecke Dresden-Bischofs-berda-Bayern-Jittau und zurück seine Reichsbahn-Meisterschaft im Straßenfahren über 100 Kilometer zum Austrag. Aus allen Teilen des Reichs waren Rennungen eingegangen, darunter Fahrer von Ost und Westen, Start und Ziel waren in Weiditz, wo 6:54 Uhr morgens die B-Fahrer das schwere Rennen aufnahmen, denen sieben Minuten später die A-Fahrer folgten. Leichter Regen und harter Rückenwind begleiteten die Fahrer. Die B-Klasse verlor es nicht, ihre Sieben-Minuten-Vorgabe wahrzunehmen und war bereits in Bischofsberda von der A-Klasse aufgeholt. Der Favorit Gild (Hulda) erlitt in Bischofsberda einen Sturz und hatte fast vier Minuten ein. Baugen wurde von 20 Fahrern nach geschlossenen passiert. Dann hielt die A-Klasse ihre Zeit für gekommen. Weib (Raffel) sprengte am Derrbunter Berge die Spitze entscheidend, aber dann mühte er die Spitze abgeben lassen. Das übrige Feld war zerfallen. 9:30 Uhr übernahm die A-Fahrer Brand (Bremen), Kraft (Hulda), Troche (Breslau) und Brumm (Raffel) in die Kontrolle Jittau, begleitet von dem einzigen B-Fahrer, dem Raffel warhels. Drei Minuten später trat mit Köhler und Weidberg (beide Breslau) auch der Feld der Rennens, Weib, ein. Eine weitere Minute später folgte Kump (Breslau), vier Minuten nach ihm sein Bandmann Blüner. Nase und Dachtel waren mit sieben Minuten Rückstand zur Spitze die nächsten. Auf der Rückfahrt forderte der Gegenwind den Einlay aller Kräfte. Großes Leichte der durch Weidenschen abgefallene Gild. Kurz vor Weiden war er bis auf eine Minute an die Vorderleute heran, als ein neuer Weidenschen seine Siegesaussichten begrub. Auch Brumm (Raffel) und Bergmann (Dresden) gaben wegen Defettes auf. Inzwischen machten sich Brand und Kraft frei. Weib überholte hinter Baugen Weidenschen und fand in Troche einen willkommenen Begleiter. Beide nahmen die Verfolgung der beiden Ausreißer auf und gewannen an Boden. Hinter Weidenschen kamen die Zeitgenossen „in Sicht“ der Verfolger, die die Gefahr erkannten und das Rennen nicht Lebens führen. Nur wenige Kilometer trennten noch vom Ziele. Zu kurz, um die Verfolger noch den Vahn ihrer Wände erreichen zu lassen! Nur 50 Meter (!) trennten sie noch, als Brand seinen Begleiter Kraft mit zwei Rängen am Zielbande überholte und damit Bundesmeister wurde. Troche verlor Weib im Endspurt auf den vierten Platz. Erst sieben Minuten später kam mit Kraft die erste B-Fahrer ein, dem nach fünf Minuten Kump folgte.

Die A-Klasse fuhr zur ersten gleichfalls aus dem Weidenschen ab und fuhr nur 50 Kilometer. Nach Weidenschen, mit jeweils einer halben Minute Vorgabe beachtet, nahmen neun Mann das Rennen auf. Traud (Weidenschen) siegte mit einer Minute Vorsprung vor Treher (Breslau) und vier Minuten vor Müller (Erfurt). Schiller (Frankfurt) schied durch Defett aus.

Die Jugendmeisterschaft über 100 Kilometer errang Kofka (Weidenschen) vor Hofmann (Breslau) und Kern (Dresden). Das ebenfalls im Wassenhart gefahrene Rennen brachte eine aber alles Erwarren klare Entscheidung.

13. Exzellenz-Trainingsrennen

Die am Mittwoch verregneten Rennen wurden am Sonnabend fortgesetzt. Eine gute Sache war das Mannschaftsrennen mit fünf Fahrerinnen hatten in drei verschiedenen Läufen. Nach dem besten Fahrerinnen hatten Rosenlöcher-Vormann die Führung vor Weib-Glaube und Wendt I-Celldügel. Im Zeitfahren über 200 Meter rüdten Weib-Glaube bis zu einem vierel Punkt Rückstand auf. Die besten 200 Meter fuhr dabei Wendt I und Weib mit je 18 Sek. Das dritte und Entscheidungslauf, einem Zweier-Mannschaftsverfolgungsrennen, verlagten Rosenlöcher-Vormann. Sie wurden von Wendt I-Celldügel in der fünften Runde aufgeholt. Die als dritte eingekommenen Weib-Glaube legten in der Gesamtwertung. Die nicht am Omnium beteiligten Fahrer

Rafensport

Die letzten Fußballspiele am Sonnabend

Die schwachbesetzten Freizeitspiele liefen bis zum Wechsel annehmbar. Die beiden letzte Sportspiele nur 3:1, nachdem die Freizeitspiele der ersten Treffer ausgefallen hatten. Gut im Schwung erdröte Sportklub Angriff leicht bis zum 7:1. Die Torhüter der gegnerischen Elf waren Böhler II, Veltter (je 8) und Diefmann.

Sportverein 06 gegen Fortuna 2:0 (1:0)

Das Ergebnis ist für die Freizeitspieler nicht unangenehm. Für die Mannschaften konnte es in jeder Hinsicht nur zu einem Treffer. Den ersten erzielte Schus durch Handballerball im Nachlauf, den zweiten Regler. Fortuna Angriff verlor beim Torhüter.

Dresden-08 gegen VfL Reichsbahn 7:1. Die erfahrungreichsten Reichsbahnler waren schon beim Wechsel mit 3:0 im Nachteil. Reubühler 06 gegen Banfel 4:3 (3:0). Die Reubühler spielten mit vier Torhütern.

In Gohlitz lief vor 400 Zuschauern

08. 07. Gohlitz gegen 08. Reichsbahn 4:2

Regel, nachdem Gohlitz die Niederländer zweimal in Führung gebracht hatte. Reubühler und Banfel gingen bis zur Pause (2:2) aus. Dann lösten die Niederländer ihren Schiedsrichterbeliebigen zwei Spieler ein. Freilich und Reubühler besorgten die restlichen Treffer für die Gastgeber, deren Sieg nicht überzeugend ausfiel.

In Weidenschen gelangte in einem auf 70 Minuten verkürzten Spiel

Reubühler Sportverein 06 gegen VfL Reichsbahn 4:2 (2:0)

bestritten ein Rennen über unbefannte Distanz (acht Runden): Sieger Erner vor Rimele und Friedrich. Ferner ein Punktefahren über 6000 Meter, das Friedrich vor Erner und Weidenschen gewann. Das Herausforderungsrennen über den Herausforderer Weidenschen mit 80 Meter Vorsprung vor dem Reichsbahnler Weidenschen. Den Schluss bildete ein Mannschaftsfahren über 20 Kilometer mit vier Doppelpartnern. Rimele und Erner konnten ihren Sieg wiederholen, weniger eindrucksvoll als zuvor.

Deutschland siegt gegen die Schweiz im Radfahren

Auf der Radrennbahn in Singen a. Hochstadel gelangte ein Amateur-Ränderkampf zwischen Deutschland und der Schweiz zum Austrag, der im Gesamtergebnis von der deutschen Mannschaft mit 9:4 Punkten gewonnen wurde. Im Radrennenprogramm gab es u. a. ein 40-Kilometer-Einzelradfahren, das Götter (Halle) in 1:06:30 vor R. Sieger (Kugsburg) mit Rundemvorsprung an 14 brachte.

Richter (Köln) gewinnt den Grand Prix für Amateure

Einen stolzen Triumph konnte der Kölner Herrenfahrer Richter am Schlußtag des Pariser Grand-Prix-Meetings beim Radrennen in Vincennes feiern. Es gelang Richter, die bei der Belgier Trophée, die im Vorjahr sein Bandmann Matthias Engel zum zweiten Male gewonnen hatte, durch seinen Sieg über die beiden Franzosen Kumpelberg-Günnewiler an sich zu bringen. Den Grand Prix der Berufsfahrer holte sich wie schon in den beiden letzten Jahren wiederum Richard. In der Entscheidung trat er, wie vor zwölf Monaten, mit seinem Bandmann Gerardin zusammen, den er in beiden Läufen hinter sich ließ. Im Vorkampfen war der Kölner Matthias Engel von Richard geschlagen worden.

Bille siegt in Halle

Goldenes Rad von Halle, 100 Kilometer: Gesamtergebnis: 1. Bille (Elsdorf), 2. Wölfe 06:746 Kilometer, 3. Renfel 06:527 Kilometer, 4. Schiller, 5. Weidenschen. Kleines Goldenes Rad: 1. Gohlitz 40:050 Kilometer, 2. Baile 40:50, 3. Gohlitz, 4. Gohlitz, 5. Gohlitz.

Kreuzer gewann in Holland

Auf der Radrennbahn von Alkmaar bei Haag fand am Sonntag ein Weiberrennen statt, an dem auch der Kölner Kreuzer teilnahm. Er wurde zwar im 20-Kilometer-Lauf geschlagen, siegte aber im Gesamtklassement vor Weidenschen und Warronier.

Ergebnisse: 20-Kilometer-Lauf: 1. Warronier 16:24, 2. Kreuzer 10 Meter, 3. Weidenschen 70 Meter zurück. — 1 Stunde: 1. Kreuzer 75,900 Kilometer, 2. Weidenschen 75,900 Kilometer, 4. Warronier 75,700 Kilometer. Gesamt: 1. Kreuzer 06:500 Kilometer, 2. Weidenschen 06:700 Kilometer, 3. Warronier 06:700 Kilometer.

Goldenes Rad von Berlin

Auf der Berliner Olympiabahn wurde am Sonntag vor 15.000 Zuschauern zum 48. Male das Goldene Rad von Berlin zur Durchführung gebracht. Das Rennen endete mit dem Sieg des Danenrainers Erik Müller, der von Beginn an die Spitze innehatte und diese nicht mehr abgab. Ergebnisse: Goldenes Rad, 100 Kilometer: 1. Müller 1:31:00, 2. Baccabone 50 Meter, 3. Grahlin 110 Meter, 4. Schindler 180 Meter, 5. Samal 190 Meter, 6. Hollembeel 270 Meter zurück. Kleines Goldenes Rad, 1 Stunde: 1. Wege 72,000 Kilometer, 2. Sawald 70,700 Kilometer, 3. Rofschel 69,510 Kilometer, 4. Wano 64,650 Kilometer. Ferner (Halle) geführt.

Rehe (Dortmund)

gewann das Goldene Rad von Braunschweig vor Weidenschen (Gannover) und Erner (Berlin).

zu einem letzten Erfolg. Torhüter Starck, Gohlitz (je 8) und Weidenschen.

In Weidenschen trennten sich Sportverein Freizeitspiele und Dresden 1:1 (0:0).

Nach einem Eigentümer von Seite gingen die Freizeitspieler Freizeitspieler mit einem Strafstoß von Freizeitspieler (Schlichtig) noch aus. Kumpel gezeichnet hielt sich die Freizeitspieler der Seite.

Kraftfahrtsport

Großer Preis von Frankreich

Caracciola Dritter

Den zweiten Lauf zur Internationalen Automobilmeisterschaft bildete der Grand Prix von Frankreich, der am Sonntag auf dem 55 Kilometer langen Straßenring von Reims in Form eines 100-Rundenrennens zum Austrag gelangt. Insgesamt gingen 10 Wagen, darunter Erzeugnisse der Firmen Alfa Romeo und Bugatti, an den Start, als einziger Deutscher A. Caracciola, der diesmal den neuen 2000 Kubikzentimeter Alfa Romeo fuhr. Der Berliner setzte sich sofort an die Spitze und führte mit einem Stundenmittel von über 100 Kilometer. Nach einigen Runden mußte jedoch Caracciola auf Stellung des Gohls des Alfa-Romeo-Rennmannschaft den Italiener Nuvolari vorzuziehen. Nuvolari, der schon den Grand Prix von Monaco, die Targa Florio und den Großen Preis von Italien gewonnen hat, holte sich nun, während fuhr, auch den Großen Preis von Frankreich, so daß ihm der Sieg in der Internationalen Meisterschaft kaum noch zu nehmen sein dürfte. Den zweiten Platz besetzte Borgogni (Alfa Romeo), der in der letzten Etappe zu Caracciola nachgezogen war.

